Nr. 42. — 35. Jahrgang.

Dienstag, 7. April 1908.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Liborius-Blatt.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1,20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk.

Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Reklamen kosten in Textspaltenbreite 50 Pfg. die Zeile.

Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.

Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Expedition: J. Horstmann'sche Buchhdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 29.

Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.

Druck von Breer & Thiemann, Hamm.

Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen; für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Erstes Blatt.

Der luxus der Diplomaten.

Der „Fall" Hill klingt überall, besonders im Auslande nach. Aus der zunächst mehr persönlichen Angelegenheit hat sich eine Angelegenheit der Völker entwickelt, deren Bedeutung für die Etats und damit für die Steuerzahler weiteren Kreisen immer mehr zum Bewußtsein kommt. Bisher hat man sich über die ungeheuer hohen Unkosten, die die Botschafter der Mächte im Auslande ergeben, nur gewundert; der Fall Hill aber hat dazu geführt, daß an die Stelle der Be- und Verwunderung die Kritik tritt. Die Frage, die man bisher niemals gehört hat, lautet: Ist das wirklich nötig?

Es ist klar, daß die auswärtige Repräsentation für die Völker von großer Bedeutung ist, zumal ja jetzt alle Welt in Waffen starrt und das Ringen um Absatzgebiete für die Produkte der heimischen Industrie oder Landwirtschaft immer größere und imangenehmere Reibungsflächen schafft, endlich auch die Kolonial-Mode nicht zur Förderung des Friedens dient. Die heimische Regierung muß eine Unterlage für die Beurteilung der internationalen Beziehungen haben, und dazu bedarf sie einer Summe von fortgesetzten Nachrichten, die nur auf Grund genauesten Studiums der Vorgänge in den einzelnen Ländern gewonnen werden können. Und wenn einmal Differenzen auftauchen, muß die Möglichkeit gegeben sein, an die Stelle des schriftlichen Verkehrs die mündliche Aussprache zu setzen, weil sie die Erledigung von Schwierigkeiten gegenüber dem schriftlichen Gedanken- und Meinungsaustausch ungemein erleichtert.

Es ist ferner klar, daß jemand, der solche Aufgaben zu lösen hat, möglichst Beziehungen zu den Spitzen der Gesellschaft des Landes, in das er gesandt wird, suchen und pflegen muß. Als Ausländer kann er ohnehin nicht sparen, er wird in manchen Fällen für Waren und Leistungen das Doppelte zu zahlen haben wie der Inländer, weil er die Verhältnisse nicht genau kennt. Er wird auch bei den Spitzen der Gesellschaft mit Leuten zu tun haben, die über große Einkommen verfügen, und endlich kann er sich seine Wohnung nicht wählen, wo er will.

Und trotzdem jetzt der Ruf nach Sparsamkeit! Der Bogen ist offenbar überspannt worden. Natürlich hat jeder Botschafter und Gesandte das Bedürfnis, nach außen hin möglichst glänzend aufzutreten. Dieser Wunsch hat sich stets lebhaft geltend gemacht und die fortgesetzte Steigerung des Aufwandes im Gefolge gehabt. Die Gehälter gehen jetzt vielfach in die Hunderttausende, und auch Deutschland ist an diese hohen und höchsten Aufwendungen kräftig beteiligt. Und daß keine Besserung angestrebt wird, das zeigt die Erklärung des Staatssekretärs im Auswärtigen Amte, daß nur reiche Leute die diplomatische Karriere einschlagen könnten, das zeigt vor allem der Fall Hill. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika zahlen ihren Botschaftern bei den großen Mächten „nur" 17 000 Dollars. Der bisherige amerikanische Botschafter hat allein 50 000 ℳ für seine Wohnung in Berlin gezahlt. Daneben hat er für eines der „glänzendsten Häuser", Haushaltungen, in der Reichshauptstadt große Summen aus eigenem Vermögen zugeschossen. Natürlich treibt auf diese Weise ein reicher Diplomat den anderen zu höheren Aufwendungen. Die Folge davon ist allerdings, daß nur sehr reiche Leute Diplomaten werden können. Aber die Folge davon? Das ist doch offenbar, daß die Interessen des Landes, das sich auf diese Weise in Auswahl seiner Diplomaten beschränkt, darunter leiden. Es gibt kluge Leute, die reich sind, aber daß jeder Reiche nun auch klug wäre, das wird niemand behaupten wollen. Alle guten Beziehungen, die sich ein Botschafter durch seinen Reichtum schaffen kann, können aber keinen Ausgleich für mangelnde Befähigung und mangelndes Urteil schaffen, und darum schlägt dieser Luxus im letzten Ende zum Schaden des Staates aus, die ihn mitmachen. Mit industriellen und kommerziellen Beiräten für die auswärtigen Vertretungen läßt sich ja gewiß vieles erreichen. Aber auf dem Gebiete der großen Politik selber kann man nicht mit Beiräten und Sachverständigen operieren, da kommt es auf den Botschafter selber an und zwar nicht auf seine gesellschaftliche Befähigung, sondern auf sein sicheres Urteil.

Leider ist bei dem Geiste, der bei uns seit einigen Dezennien herrscht, nicht zu hoffen, daß dieser Fall als Mahnung empfunden wird. Die Industrie schafft ununterbrochen reiche Leute, die auch das Bedürfnis haben, ihren Reichtum zur Schau zu tragen. Die Beamtenschaft möchte ihnen folgen; sie wird in dieser Richtung jedenfalls solange energische Versuche machen, als der Luxus im Zuge der Zeit liegt, wie das heute der Fall ist.

Tages-Ereignisse.

★ **Berlin,** 5. April.

Der Nachtragsetat mit der Forderung der **Teuerungszulage** wird im Abgeordnetenhaus **am** Samstag, im Reichstage am Montag beraten werden. Die Teuerungszulage dürfte also in der **Karwoche zur Auszahlung** gelangen.

Steuererhöhung in Bayern. In Bayern steht infolge der Aufbesserung der Beamten eine Steuererhöhung bevor. Sie soll nach einer Erklärung des Finanzministers 10 Prozent betragen.

Die Kommission zur Änderung des **Münzwesens** hat den Regierungsentwurf mit geringen Änderungen angenommen, also auch das neue **25-Pfennigstück,** über dessen Form noch kein definitiver Entschluß gefaßt wurde.

Die Bankenquete wird kurz nach Ostern in die Wege geleitet werden. Die Kommission dafür ist gebildet. Es gehören ihr u. a. 8 Reichstagsabgeordnete an, darunter vom Zentrum Abg. Müller-Fulda. Den Vorsitz wird der Staatssekretär im Reichsamt des Innern v. Bethmann-Hollweg führen.

Das Ermittelungsverfahren gegen Hauptmann Dominik ist nach einer telegraphischen Meldung des Kommandos der Schutztruppe für Kamerun soeben **eingestellt** worden. Die seinerzeit von dem Abg. Liebel erhobenen Anschuldigungen haben sich als vollkommen unwahr erwiesen.

Der Großherzog von Oldenburg traf gestern zum Besuche beim Prinzen Eitel Friedrich in Villa Ingenheim in Potsdam ein.

Die Großherzogin von Luxemburg, die kürzlich zur Statthalterin ernannt worden ist, hat heute im Imperialhotel Sauta Margherita Ligura vor den zu diesem Zwecke offiziell dort erschienenen Abgeordneten der Luxemburgischen Kammer **den Eid auf die Verfassung geleistet.**

Abg. Dr. **Ablaß** und Gen. haben im Reichstage einen Antrag eingebracht, in dem sie 1. die Beseitigung der dem **Koalitionsrecht** noch entgegenstehenden Beschränkungen, insbesondere die Abänderung des § 152 der Gewerbeordnung, 2. das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter und Dienstboten und 3. die Freiheit, Vereine zu bilden, für Reichsbeamte fordern. —

Die **Münzkommission** des Reichstages hat sich konstituiert, ihr gehören folgende Abgeordnete an: Dr. Arendt-Mansfeld (Vorsitzender), Brandys, Dr. Giese, Henning, Herold, Kaempf, Kirsch, Dr. Mayer-Kaufbeuren, Ortel (Schriftführer), Raab, Schrader, Severing (Schriftführer), Speck (Stellvertreter des Vorsitzenden) und Dr. Weber.

Die Finanzierung der Kolonialbahnen.

Zur Frage der Finanzierung der Kolonialeisenbahn teilt das Wolffsche Bureau in Ergänzung des Berichtes über die Sitzung der Budgetkommission des Reichstages folgendes mit: Die Regierungsvorlage ging auf die Finanzierung der Kolonialeisenbahnen (außer Südwestafrika und Kiautschou) im Wege einer Kolonialanleihe unter Solidarhaft der beteiligten Schutzgebiete. Diese Regierungsvorschläge sind von der Budgetkommission bezüglich der für **Ostafrika, Kamerun und Togo** geforderten Eisenbahnen angenommen worden. Eine Abänderung der Regierungsvorlage fand statt lediglich insoweit, als der Gesetzentwurf der Regierung betreffend Deckung der außerordentlichen Bedürfnisse der Schutzgebiete im Wege einer Kolonialanleihe in erweiterter Form, in das für alle Kolonien gültige Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete vom 30. März 1892 hineingeleitet ist. Nach dem Gesetzentwurf in der von der Budgetkommission angenommenen Form können Anleihen sowohl unter Solidarhaft der beteiligten Schutzgebiete als zu Lasten eines einzelnen oder mehrerer dieser Schutzgebiete aufgenommen werden. Für die Zinsung und Tilgung der Anleihe haftet jedes der daran beteiligten Schutzgebiete dem Gläubiger gegenüber als Gesamtschuldner, während im Verhältnis der beteiligten Schutzgebiete zu einander die einzelnen Schutzgebiete nach Maßgabe der ihnen überwiesenen Anleihebeträge haften. Die Möglichkeit der Finanzierung durch Darlehnsgewährung seitens des Reichs war nach dem Gesetzentwurf zwar nicht ausgeschlossen, ist jedoch, um allen Zweifel zu beseitigen, im Einvernehmen mit der Regierung in den von der Budgetkommission angenommenen Entwurf ausdrücklich aufgenommen worden. Abgesehen von dieser Erweiterung und einiger sonstiger geringfügiger Änderungen sind sämtliche Regierungsvorlagen in vollem Umfange zur Annahme gelangt.

Adelig und bürgerlich.

Ein freisinniges Blatt macht sich das Vergnügen der folgenden Gegenüberstellung: Bei Reichskanzlers fand gestern (Donnerstag) abend ein Diner statt, zu dem, wie wir aus der „Nordd. Allg. Ztg." ersehen, die Präsidenten des Herrenhauses, des Abgeordnetenhauses und des Reichstages, die Herren **Frhr.** von Manteuffel, **von** Kröcher und **Graf** Stolberg **mit** Gemahlinnen, die Vizepräsidenten Dr. Porsch, Dr. Krause, Dr. Paasche und Kämpf dagegen **ohne** Gemahlinnen eingeladen worden waren. Nur ein bürgerlicher Vizepräsident hatte für seine Frau eine Einladung erhalten, nämlich der Herr Becker. Dafür ist er aber auch Vizepräsident des Herrenhauses. Vom Herrenhause waren auch drei Grafen und ein Freiherr mit Gemahlinnen eingeladen worden; die Herrenhausmitglieder Dr. Adickes und Prof. Schmoller durften ihre Gemahlinnen **nicht** mitbringen.

Der Termin für die preuß. Landtagswahlen steht trotz des berechtigten Drängens der Parteien im preußischen Landtag auf seine Angabe durch die Regierung immer noch nicht fest. Die Nachricht, daß die Wahlmännerwahlen Anfang Juni stattfinden sollen, ist bisher noch nicht dementiert worden, und es dürfte allem Anschein nach dabei bleiben, daß die Wahlschlacht in den Frühsommer fallen wird. Der „Vorwärts" brachte gestern die Mitteilung, daß in Berlin die **Auslegung der Wählerlisten** für die Landtagswahlen **am 26. bis 28. April** stattfinden soll. Die Legislaturperiode des gegenwärtigen Landtags läuft erst am 16. Januar 1909 ab, und er müßte also **aufgelöst** werden, denn es ist ausgeschlossen, daß **neben dem alten ein neuer Landtag** bestehen kann. Eine Berliner Korrespondenz meldet, daß die Regierung die Auflösung erst im Sommer vornehmen wolle, um nicht durch den § 51 der Verfassung gezwungen zu werden, den neuen Landtag bereits 90 Tage nach der Auflösung zusammentreten zu lassen. Wenn die Auflösung am 9. April erfolgen sollte, so müßte die erste Sitzung des neuen Landtags bereits am 9. Juli stattfinden, einem Termin, der mitten in die Sommerferien fällt. Bei der Auflösung des Landtages Mitte Juli würde der Zusammentritt des neuen Landtags im Oktober zu erfolgen haben. Daß bisher seitens der Regierung keine Mitteilung über den Wahltermin erfolgte, ist eine Rücksichtslosigkeit, die man sich nur damit erklären kann, daß die Regierung beabsichtigt, die Parteien möglichst lange im Unklaren zu lassen, um die Wahlagitation einzuschränken.

Die Dienststunden der Postbeamten.

Seitens der **Reichspostverwaltung** ist das wöchentliche, weiter herabgeminderte Arbeitsleistungsmaß für männliche Beamte, je nach der Beschaffenheit des Dienstes, laut Kreuzzeitung, bei Postämtern I und II auf 48 bis 54 Stunden festgesetzt, bei Postämtern III mit leichterem Dienst kann es bis zu 60 Stunden ausgedehnt werden. Für weibliche Beamte bemißt sich die wöchentliche Arbeitsleistung auf 42 bis 48 Stunden. Das wöchentliche Leistungsmaß für die Unterbeamten beträgt 60 bis 69 Stunden. Bei großen Verkehrsämtern und sonstigen schwierigen Betriebsstellen ist allmählich das Leistungsmaß durchweg auf das Mindestmaß herabgesetzt oder diesem nahe gebracht worden.

Die Reichsbeamtenbesoldungsvorlage.

Die Gehaltsvorlage für die Reichsbeamten ist nunmehr, wie die Berliner Neuest. Nachr. von unterrichteter Seite erfahren, in ihrem Entwurf fertiggestellt. Da sie jedoch nur im Zusammenhang mit der Finanzreform erledigt werden soll, so wird sich auch der Bundesrat **erst im Herbst** gemeinsam mit den Steuervorlagen mit der Besoldungsfrage befassen. Die durch die Gehaltserhöhungen verursachte **Mehrbelastung des Etats** dürfte sich auf etwa **80 Millionen** belaufen, also erheblich mehr als ursprünglich angenommen. Hierbei sind jedoch bereits berücksichtigt die Mehraufwendungen, welche sich aus der Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses sowie des Geschäftszimmer- und Stallservices ergeben. Ferner sind in der Summe enthalten die Entschädigungen für Beseitigung des Steuerprivilegs an solche höhere Beamte, deren Gehälter nicht aufgebessert werden. Auch eine auf etwa drei Millionen zu veranschlagende Summe zum Ersatz der für Putzmittel verausgabten Beträge für die Mannschaften der Armee ist in den 80 Millionen enthalten.

Die „Deutsche Vereinigung" und das Dreiklassenwahlrecht.

Zur preußischen Wahlrechtsfrage bringt die Deutsche Wacht, Wochenschrift der Deutschen Vereinigung, von **L. v. Savigny,** einen Aufsatz, worin über das preußische Wahlrecht u. a. gesagt wird: „Dieses Wahlrecht ist weitaus besser als sein Ruf. Wenn man schon an den Früchten die Güte der Institution messen will, so kann für den, der objektiv urteilt, kein Zweifel bestehen, daß die Resultate des vielgeschmähten Dreiklassensystems wahrlich **bessere sind als die des Reichstagswahlrechts.** Wie erfreulich konstatiert hier regelmäßig die Ruhe, Würde und Sachlichkeit der Verhandlungen, das ernste Verantwortlichkeitsgefühl, die peinliche Rücksicht auf das Staatsinteresse mit dem **nervösen, agitatorischen Gebaren der Hörigen des allgemeinen gleichen Stimmrechts!**" — Diese Ausführungen genügen zur Kennzeichnung der allgemeinen Zielrichtung der „Deutschen Vereinigung" vollkommen. Die Zentrums-Hörigen des allgemeinen gleichen Stimmrechts werden gut tun, sich die Kritik des allgemeinen gleichen Wahlrechts im Organ der Deutschen Vereinigung zu merken.

Besteuerung der Warenhäuser.

Die **Handels- und Gewerbekommission** nahm am Mittwoch den Antrag Hammer (kons.) an, wonach die Steuersätze für Betriebe mit einem Anlage- und Betriebskapital von mehr als 1 000 000 ℳ alljährlich ansteigend dergestalt erhöht werden sollen, daß sie bei Betrieben mit etwa einem Anlage- und Betriebskapital von mehr als 5 000 000 ℳ und einem Jahresumsatze von mehr als 20 000 000 ℳ 4 vom Hundert des letzteren erreicht. — Die Bestimmung, daß die Steuer den Prozentsatz von 20 Prozent des Reingewinns nicht übersteigen solle, wurde dahin abgeändert, daß ein Prozentsatz von 30 Prozent nicht überstiegen werden darf.

Ausland.

Frankreich.

Neuordnung der Ernennung der französischen Bischöfe. Dem Figaro zufolge hat der Papst die Frage der Ernennung der französischen Bischöfe für die Zukunft auf folgende Weise geregelt: Jeder Bischof hat alljährlich, gleichviel ob ein Bistum erledigt ist oder nicht, eine Liste von drei Geistlichen zu unterbreiten, die er als geeignete Kandidaten für die bischöfliche Würde hält. Alle diese Eingaben werden einer aus acht Kardinälen bestehenden Kommission unterbreitet, die über die Kandidaten die erforderlichen Nachforschungen vornehmen wird. Der Papst wird dann, ohne nochmals die Meinung des Episkopats anzuhören, motu proprio auf Grund dieser Listen die erledigten Bistümer besetzen, wobei er sich das Recht vorbehält, eventuell auch einen nicht auf der Liste stehenden Geistlichen zu wählen.

Der deutsche Kaiser schenkte dem deutschen Botschafter in Paris, dem Fürsten **Radolin,** aus Anlaß seines Geburtstages eine Marmorbüste mit einem wertvollen Handschreiben.

Neue Erfindung an Kriegsschiffen. Nach einer Meldung des „Temps" hat das Etablissement Homecourt neue Apparate konstruiert, die es gestatten, auch bei schwankenden Schiffen während des Schießens die Geschütze auf das Ziel gerichtet zu halten. Sie ermöglichen eine Feuergeschwindigkeit für die 9-Zentimeter-Kanonen von 4 Schuß pro Minute. Diese Neuerungen werden beim Panzerkreuzer „Waldeck Rosseau" und allen nach demselben Typ zu bauenden Kreuzern eingeführt. Auch die neuen großen Linienschiffe sollen Türme nach diesem System erhalten, so daß bei gleichzeitiger Aktion aller Türme eines Panzergeschwaders Schüsse im Gesamtgewicht von 11 500 Kilogramm pro Minute geschleudert würden. Die Apparate sollen von erstaunlicher Einfachheit sein.

Italien.

Von der Kaiserreise. Beim Besuche des Theaters in **Syrakus** durch die kaiserliche Familie spielte sich ein **Intermezzo** ab. Die Kaiserin **brach** im Vorbeigehen einen blühenden **Mandelzweig** ab, worauf der Besitzer und ein Knecht schimpfend herangeeilt kamen. Als sie aber erfuhren, mit wem sie es zu tun hatten, faßten sie die Hand der Kaiserin, die sie küßten, und baten um Verzeihung, dann schleppten sie einen ganzen Arm voll blühender Zweige herbei und schenkten sie der Kaiserin.

Rußland.

Eine Einigung zwischen Duma und Regierung über das Flottenprogramm? Der Londoner Daily **Telegraph** meldet aus St. Petersburg, daß ein **Kompromiß** zwischen der Regierung und der Reichsduma betreffs der Flottenforderungen in Aussicht stehe. Bisher bestand bekanntlich sehr wenig Aussicht, die Zustimmung der Duma zu den Flottenplänen der Regierung zu erlangen. Nun hat der Ministerpräsident Stolypin die Vermittelung übernommen, um die nötige Verständigung herbeizuführen. Es heißt, die Regierung werde sich verpflichten, eine gründliche Reorganisation der Kriegsmarine vorzunehmen, sowie die korrupten Zustände abzuschaffen, wogegen die Duma die nötigen Gelder für das Bauprogramm bewilligen wird.

Amerika.

Um für die Zukunft Vorkommnissen der Art, wie sie jetzt in der Hillaffäre zu beklagen waren, vorzubeugen, scheint man in den Vereinigten Staaten entschlossen zu sein, die Bezüge der Botschafter, die gegenwärtig „nur" 17 000 Dollar betragen, erheblich zu erhöhen. Ferner wird die Errichtung von eigenen Botschafterpalästen in Berlin, London und Paris erwogen. Man regt sich vielfach über die von einem Teil der deutschen Presse verbreiteten Behauptung auf, Hill habe auf der Suche nach einer passenden Wohnung in Berlin sogar 2. Etagen in Betracht gezogen.

Hill bestätigt! Der Senat hat die Ernennung Hills zum Botschafter in Berlin bestätigt.

—o—

★ **Berlin,** 4. April.

□ **Deutschland und Frankreich in Marokko.** Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt offiziös: Der deutsche Botschafter in Paris hatte Auftrag erhalten bei der französischen Regierung darauf hinzuweisen, daß durch die neuen französischen Truppenlandungen abermals die Leichter von Casablanka dem dortigen Handel entzogen würden. Die französische Regierung hat daraufhin mitteilen lassen, daß man in Casablanka mit der Herrichtung der 6 in Toulon gekauften Barkassen beschäftigt sei und das erste davon unverzüglich in Dienst gestellt werden soll.

‡ **Teuerungszulagen.** Der Finanzminister hat dem Vorsitzenden des Seniorenkonvents des Abgeordnetenhauses Abg. Hobrecht die Mitteilung zugehen lassen, daß für die Staatsregierung **alle über die Kommissionsbeschlüsse hinausgehenden Anträge** zu dem Nachtragsetat betreffend Teuerungszulagen für Beamte und Lehrer unbedingt **unannehmbar** sein würden.

+ **Die Polen** haben mit Unterstützung des Zentrums und der beiden Dänen im Abgeordnetenhause beantragt, auch die **polnische und dänische Sprache** wie die nichtslawischen (nach dem Antrage Kreth) **als Versammlungssprache in Preußen zuzulassen.** Der Abg. Kreth mit den Nebenanträgen kommt am Montag im Abgeordnetenhause zur Beratung.

○ **Der Stahlwerksverband** ermäßigte den Mindestverkaufspreis für Kleinverkäufe in schwerem Eisenbahnmaterial durchschnittlich um 5 ℳ die Tonne, für leichtes Eisenbahn-Oberbaumaterial (sog. Grubenschiener) durchschnittlich um 2,50 die Tonne. Der Auslandspreis ist um 20 ℳ für die Tonne niedriger. Als Kleinverkäufe kommen die direkten Verkäufe unter 10 Tonnen der Stahlwerksbesitzer in Betracht.

+ **Die Etatsarbeit ist in der Budgetkommission des Reichstages** am Freitag mit der Fertigstellung des Ergänzungsetats erledigt worden. Es handelte sich am Freitag noch um die Frage der Finanzierung für die Togobahn. Die seinerzeit dafür eingesetzte Unterkommission hat unter Ablehnung des Dernburgschen Vorschlages, daß die Kolonien selber Anleihen aufnehmen sollten, beschlossen, daß das Reich für die Bahn ein Darlehen hergeben soll, und zwar auf der für alle Kolonialbahnen gültigen Grundlage, daß **jede** Kolonie für ihre **eigenen** Bedürfnisse haftet, daß aber nach **außen** hin die Haftung **gemeinsam** eintritt. Man will auf diese Weise den Anleihen für Kolonialbahnen eine breitere Basis geben. Die Kommission hat diesen aus dem Zentrum stammenden Vorschlag genehmigt.

□ **Hauptmann Eickenrodt** vom großen Generalstabe ist zum persönlichen **Adjutanten des Kronprinzen** ernannt worden.

+ **Landtagsschluß — Landtagswahlen.** Voraussichtlich wird der Landtag am Donnerstag oder Freitag nächster Woche geschlossen. Die Urwahlen zum neuen Landtage finden am 4. Juni statt. Die Hauptwahlen werden 12 Tage später, also am 16. Juni vorgenommen werden, da die bei den diesmaligen Wahlen in Kraft tretenden Neuwahlvorschriften eine Verlängerung der Zwischenzeit notwendig mache.

÷ **Der Seniorenkonvent des Reichstags** hat beschlossen, wenn möglich am Montag das Vereinsgesetz zu erledigen und dann in die Beratung des Börsengesetzes in zweiter Lesung einzutreten. Man hofft, das Börsengesetz bis zum Donnerstag zu erledigen und am Freitag die dritte Lesung des Vereinsgesetzes vorzunehmen. Der Reichstag soll dann am Freitag, den **10. April in die Ferien gehen,** die bis zum 28. April dauern werden.

Die „Nordd. Allg. Ztg." bestätigt die vom Fürsten Nikolaus von Montenegro einem Mitarbeiter der „Frankf. Ztg." bereits abgegebene Erklärung, daß er in Venedig **keine Zusammenkunft** mit Kaiser Wilhelm gehabt habe.

Ein Kaiserbrief der „Tägl. Rundschau". Die „Tägl. Rundschau" veröffentlicht einen neuen Wortlaut des Kaiserbriefes an **Lord Tweedmouth,** der „in mehreren Punkten dem tatsächlichen Wortlaut entspräche". Der Brief wurde aus dem Londoner „Standard" übernommen.

+ **Hamburg,** 3. April. Der Senat erwählte den kaufmännischen Senator **O'Swald,** den Präsidenten der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, zum **Bürgermeister.**

÷ **Gießen,** 3. April. Vor der Strafkammer gelangte heute der Prozeß gegen den zweiten Direktor der Landwirtschaftsgenossenschaft zu Friedberg, Druckereibesitzer und **Landtagsabgeordneten Otto Hirschel** (Antis.) zur Verhandlung. Der Angeklagte wird beschuldigt, **Genossenschaftsgelder im Betrage von 1500 ℳ** in einzelnen Beträgen von 20 bis 500 ℳ **unterschlagen zu haben.** Zur heutigen Verhandlung war der Angeklagte persönlich anwesend. In der Verhandlung wurde vom Geh. Oberregierungsrat Haas aus Darmstadt betont, daß Hirschel in der Geschäftsführung bodenlos leichtsinnig vorgegangen sei, wie die Revision ergeben habe. Er habe sich aber Unregelmäßigkeiten nicht zu schulden kommen lassen.

‡ **Biarritz,** 6. April. **Des Kaisers Beileid.** Hier ist ein Telegramm Kaiser Wilhelms **an König Eduard** eingetroffen, in dem der Kaiser sein Beileid ausdrückt an dem Unglück, das die

englische Marine durch den Untergang des „Tiger" betroffen hat.

◊ **Rom,** 5. April. **Fürst Bülow** trifft nunmehr bestimmt am Sonntag den 12. April hier ein. Etwa am 14. findet eine **Zusammenkunft mit Tittoni** statt.

$ **Rom,** 5. April. Infolge der **Beendigung des Generalstreiks** wurde heute der Verkehr in normaler Weise wieder aufgenommen. Die Stadt bietet das gewohnte Bild.

+ **Rom,** 3. April. Alle von der Presse gebrachten Mitteilungen betr. eines **Besuchs des Fürsten Bülow im Vatikan** beruhen auf **Kombinationen.** Ein eventuelles Audienzgesuch würde erst nach der Ankunft beantragt werden.

× **Paris,** 4. April. **Große Aussperrung im Baugewerbe.** Das Syndikat der Maurer und Steinmetzen beschloß, von heute abend ab sämtliche bei den Syndikatsmitgliedern beschäftigten Arbeiter auszusperren. Um 6 Uhr heute abend werden bis auf weiteres etwa 50 000 Arbeiter ohne Beschäftigung sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich auch noch andere Berufsvereinigungen im Baugewerbe an der Aussperrung beteiligen; es kämen **dann etwa** 200 000 Arbeiter in Betracht.

+ **Madrid,** 3. April. **Das Kriegsbudget** wird um etwa **15 Millionen vermehrt,** die zur Anschaffung von Artilleriematerial und zur Vermehrung des **aktiven Heeres** verwendet werden sollen.

○ **Washington, 5. April.** Zwischen den Vereinigten **Staaten und** England einerseits, sowie zwischen den **Vereinigten** Staaten **und** Norwegen **andererseits** wurden gestern im Staatsdepartement **Schiedsverträge unterzeichnet.** Diese **beruhen auf** derselben Grundlage, wie die bereits **früher unterzeichneten** ähnlichen Verträge.

× **Newyork, 4. April. Ein Konflikt in Mittelamerika.** Die Gesandschaft der vereinigten Staaten in Panama setzte das Staatsdepartement davon in Kenntnis, daß **kolumbische Truppen in das Gebiet der Republik Panama eingedrungen und die Stadt Jurado** besetzt haben. Der Zwischenfall ist auf den zwischen den beiderseitigen Regierungen schon seit längerer Zeit bestehenden Grenzkonflikt zurückzuführen. **Panama trifft alle Vorbereitungen zu einem Kriege.** Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Root, hofft jedoch, daß die beiden Staaten die schiedsrichterliche Entscheidung irgend eines Landes anrufen und so ein Krieg vermieden wird.

Generalausstand in Rom.

□ **Rom,** 3. April Zwei Versammlungen wurden gestern abend von **dem sozialistischen Verbande** in der Arbeiterbörse abgehalten. Zahlreiche Arbeiterdelegierte waren erschienen, die meisten Syndikate waren vertreten. Die Delegierten beschlossen den **Generalausstand für heute, worauf Unruhen** entstanden, die sich auf der Straße fortsetzten. Dabei wurden 3 Personen getötet und 20 verletzt. Infolge des allgemeinen Ausstandes haben die Zeitungen ihr Erscheinen eingestellt. Die meisten Geschäfte sind geschlossen. Die Gesandtschaften und Banken werden militärisch beschützt. Die Veranlassung zu dem Ausstande sind die gestern gemeldeten schweren Ausschreitungen in Rom und ihre Folgen.

× **Rom,** 4. April. Rom gleicht einer militärisch besetzten Stadt; an allen wichtigen Plätzen wird Militär in Bereitschaft gehalten. Von Truppen gelenkte Postkutschen werden von Reitern mit gezogenem Säbel eskortiert. Der Bürgermeister ermahnt in einem Aufrufe zur Besonnenheit. Die gestrige Sitzung des Gemeinderates fiel aus; das Stadtbanner ist auf halbmast geflaggt. Heute abend wird der Generalausstand beendet. **Von den Verwundeten ist einer gestorben.**

Preußischer Landtag.

67. Sitzung vom 3. April 1908.

Das **Abgeordnetenhaus** erledigte in dritter Lesung das **Polizeikostengesetz** und beriet über **Wegeordnungen** für die Provinz Sachsen und Westpreußen. Dann folgte die **Interpellation Linz** (Zentrum) über die

Reform der rheinischen Landgemeinde-Ordnung.

Der Interpellant wies die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände in den rheinischen Landgemeinden nach. Minister **v. Moltke** erkannte die Reformbedürftigkeit an, warnte aber, mit einer Reform eher vorzugehen, als der beste Weg erkennbar sei, um zu einem ersprießlichen Ergebnis zu kommen. Der rheinische Oberpräsident habe in Uebereinstimmung mit den Regierungspräsidenten die Notwendigkeit bestritten. Auf Antrag des Abg. **Wallenborn** (Ztr.) fand eine Besprechung der Interpellation statt, welche die allgemeine Ueberzeugung von der Reformbedürftigkeit der rheinischen Landgemeindeordnung ergab. Der Zentrumsabgeordnete **Hoeveler** wies darauf hin, daß die Gemeinderäte gewählt würden, der Bürgermeister aber ernannt werde. Als letzter Redner bedauerte **Graf Spee** (Ztr.), daß die rheinischen Provinzialbehörden eine Reform der Landgemeindeordnung nicht erkannt hätten. Dadurch setzten sie sich in Gegensatz zu sämtlichen Parteien des Hauses und zu den früheren und dem jetzigen Minister und der rheinischen Bevölkerung. Das Votum der Landräte beweist, wie wenig sie als Mitglieder von Selbstverwaltungskörpern geeignet sind. Daran schloß sich die

dritte Beratung der Koppelfischerei

an. Abg. **v. Savigny** hatte eine ganze Anzahl Abänderungsanträge gestellt. Er zog aber im Laufe der Debatte die meisten wieder zurück. Auch die übrig gebliebenen fanden nicht die Gegenliebe des Hauses und so war die Vorlage in 2. und 3. Lesung angenommen. Es folgte noch eine Reihe von **Petitionen.** Nicht weniger als 81 Punkte standen auf der Tagesordnung. Aber der alte Satz, je länger die Tagesordnung, je kürzer die Sitzung, bewährte sich heute nicht. Immerhin gelang es, bis ½6 Uhr 68 Punkte der Tagesordnung zu erledigen, eine Zahl, welche die am Schluß der Sitzung noch im Saale anwesenden Mitglieder des Hauses noch übertraf. Morgen 11 Uhr kleinere Vorlagen.

Das **Abgeordnetenhaus beriet** heute zunächst **den Antrag v. Zedlitz (fk.) und Schiffer** (ntl.) **über die Vereinfachung und Modernisierung** der Organisation, des Verfahrens und des Rechnungswesens in der **Verwaltung und Einsetzung einer Kommission** aus Kommissaren aller Ministerien erfahrenen Beamten der **Provinzial**verwaltung, und im praktischen Leben stehenden Privatpersonen zur **Vorberatung** dieser Reform. Dieser Antrag fand die Zustimmung sämtlicher Parteien, nur darüber, in welcher Weise am zweckmäßigsten diese Reform eingeleitet werden könnte, gingen die Ansichten auseinander. — Das Haus war nicht sehr gut **besucht,** auf den Ministerbänken herrschte während der Beratung dieses Antrages meist eine gähnende Leere, und auch auf der Publikumstribüne ließen sich nur selten Zuhörer sehen, die auch meist bald wieder verschwanden; einer dieser Fremden gab ziemlich laut und erregt seinem Unmut über die schwache Besetzung des Hauses **Ausdruck,** zog es dann aber vor, sich schleunigst zu entfernen. — Herr **v. Brandenstein** (kons.) **hielt nicht viel von** einer **Kommission von Laien; zu einer Durchberatung sei immer noch Zeit, wenn die Regierung die Vorlage gebracht habe.** Abg. **Linz** (Ztr.) glaubte, daß dieser wichtige Antrag es wohl verdient habe, vor einem volleren Hause verhandelt zu werden, und stand der Vorlage im allgemeinen durchaus sympathisch gegenüber; von einer Dezentralisation der inneren Schulverwaltung wollten seine Freunde aber nicht viel wissen. Im weiteren Verlauf der Debatte ergriff vom Zentrum noch der Abg. **Marx** das Wort und wies in längeren Ausführungen nach, wie man heute schon Ersparnisse machen könnte, die er auf 2 Millionen jährlich beziffert; dann wurde der Antrag — der Passus über die Volksschulen gegen das Zentrum — angenommen, die Einsetzung einer Kommission durch Zentrum und Konservative abgelehnt. Es folgte die Beratung des Antrages Dr. **Heydweiller**-Dr. **Schröder**-Kassel (ntl.) auf Förderung der inneren Kolonisation. Abg. Dr. **Dittrich**-Braunsberg (Ztr.) unterstützte diesen Antrag warm, ebenso der Landwirtschaftsminister, dann ward er mit großer Mehrheit angenommen. Den Schluß der heutigen Beratungen machte der von dem Abg. Dr. **König**-Krefeld (Ztr.) begründete Antrag **Hitze** und Genossen (Ztr.) auf Abänderung des Einkommensteuergesetzes. Dieser Antrag bezweckt einen erheblich weiteren Ausbau der Bestimmungen über die Grenzen, innerhalb deren Steuerermäßigungen vorgesehen sind, und, entsprechend den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung, eine wesentliche Erhöhung des pro Kopf der unterhaltsbedürftigen Familienangehörigen Betrages von 50 Mark; zur Deckung der hierdurch entstehenden Ausfälle soll die Progression schärfer ausgestaltet werden. Ministerialdirektor **Wallach erklärte,** der Finanzminister sei im allgemeinen mit den Zielen des Antrages einverstanden, ohne sich dabei aber irgendwie auf Einzelheiten festlegen zu wollen. Die Abgg. **Schulze-Pelkum** (kons.) und **Keil** (ntl.) stellten sich namens ihrer Freunde dem Antrage sympathisch gegenüber, dann wurde um 4 Uhr die weitere Beratung auf Montag 11 Uhr vertagt; außerdem Initiativanträge.

□ Winke für die Berufswahl.

Die Arbeit des Menschen, seine tägliche Beschäftigung, ist für ihn nicht nur die Quelle zur Befriedigung seiner Lebens- und Kulturbedürfnisse, sondern in hohem Grade auch die der innere seelischen Befriedigung. Beides wird in hohem Grade aber davon bedingt, ob die Arbeit auch die richtige ist, ob sie der individuellen Beschaffenheit des einzelnen Menschen entspricht. In diesem Sinne ist von außerordentlicher Bedeutung die **Berufswahl,** eine Frage, die zur endgültigen Entscheidung jetzt wieder an tausende junger Leute und deren Eltern bezw. Vormünder herantritt.

Soll ein einzuschlagender Beruf von dauerndem Segen für den Menschen werden, so muß bei seiner Wahl mit großer Vorsicht und viel Überlegung, unter Berücksichtigung einer Reihe von Momenten vorgegangen werden. Es müssen zunächst die **persönlichen Anlagen** beachtet werden. Jeder Beruf stellt bestimmte Anforderungen an den Körper des Menschen, seine Sinne, seine Geschicklichkeit. Der eine Beruf erfordert ein gutes Auge, der andere ein gutes Gehör, wieder ein anderer kräftige Atmungsorgane, der eine Sinn für Farben, der andere Anlage zum Zeichnen usw. usw. Dazu muß kommen ein richtiges Abschätzen der **geistigen** Fähigkeiten. Man hüte sich ja vor einer Überschätzung in letzterer Hinsicht. Diese wie eine falsche Beurteilung der körperlichen Anlagen läßt sich später nur schwerlich korrigieren; zudem ist der Übertritt von einem Beruf zu einem andern nachher immer mit gewissen Schwierigkeiten verbunden, die sich vermeiden lassen, wenn man bei der Berufswahl von vornherein recht vorsichtig gewesen ist.

Von wesentlicher Bedeutung ist die Berücksichtigung der **wirtschaftlichen Aussichten,** die ein Beruf bietet, des Fortkommens, das er in Aussicht stellt. Man hüte sich da zunächst vor Berufen, die aller Berechnung nach bald der Industrie gänzlich zum Opfer fallen werden. Nicht minder aber vor den sogenannten überfüllten Berufen. Dahin sind zu rechnen u. a. vornehmlich auch der Techniker- und Schreiberberuf. Dagegen wende man sich vornehmlich den **Handwerkerberufen** zu, in denen Lehrlingsmangel besteht: Bäcker, Metzger, Schneider, Schuster, Sattler. Diese Berufe werden auch für die Zukunft noch ihren Mann ernähren, aber auch nur **den** Mann, der etwas Tüchtiges gelernt hat und zu leisten vermag; aus dem Konkurrenzkampf wird in der Regel immer am erfolgreichsten der hervorgehen, der über das größte Wissen und die besten technischen Fertigkeiten verfügt. Vor allem aber müssen die **Handwerksmeister** selbst **ihre Kinder wieder** mehr dem **Handwerk** zuführen, wenn dasselbe **gesellschaftlich** wie **fachlich** wieder auf **ein höheres Niveau gehoben werden soll.** Nach dieser Richtung hin ist bisher ohne Zweifel vom Handwerk in hohem Maße **gesündigt** worden, ist dieses selbst mit schuld, wenn es hier nach den verschiedensten Richtungen vielfach nicht so ist, wie es sein sollte.

Nicht unbeachtet dürfen fernerhin gelassen werden die **Kosten,** mit denen die **Ausbildung** in einem jeweiligen Berufe verknüpft ist. Auch darf nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß der Übergang zur Selbständigkeit später ein gewisses **Kapital** erfordert, das je nach der Eigenart eines Gewerbes verschieden ist, zum Teil unter den heutigen Verhältnissen aber schon ganz beträchtlich sein kann. Manchmal wird sich dieses Kapital ersparen lassen, oft wird dies aber auch nicht möglich sein, und deshalb sollte bei der Berufswahl auch schon der Vermögensstand der Eltern von vornherein mit ins Auge gefaßt werden. Aber auch derjenige, für den die Aussichten, im Handwerk einmal selbständig werden zu können, voraussichtlich schlecht sind, sollte sich deshalb nicht veranlaßt fühlen, dem Handwerk den Rücken zu kehren. Die Industrie braucht in steigendem Maße hoch qualifizierte Arbeiter, die sie vornehmlich den im Handwerk ausgebildeten Gesellen entnimmt. Für diese bieten sich hier als Vorarbeiter, Meister usw. teilweise Stellen, die zwar eine gewisse Abhängigkeit mit sich bringen, in wirtschaftlicher Hinsicht jedoch die Stellung eines selbständigen Kleinmeisters zum Teil weit hinter sich lassen.

Vor allem hüte man sich, ein Kind einen **ungelernten Beruf** ergreifen zu lassen, d. h. einen Beruf, der nicht eine regelrechte geistige und fachliche Ausbildung zur Voraussetzung hat. Leider gibt es ja im Leben häufig genug Fälle, wo die Dürftigkeit, Tod des Ernährers oder andere mißliche Verhältnisse einen baldigen Vorverdienst zur Unterstützung der Familie notwendig werden lassen. Aber häufig spielen auf diesem Gebiete auch Unerfahrenheit, Sorglosigkeit, zum Teil auch eine gewisse Unverantwortlichkeit der Eltern eine große Rolle. Auch in solchen Fällen, wo es nicht unbedingt notwendig ist, läßt man rein materielle und egoistische Rücksichten das entscheidende Wort reden, ohne den Verhältnissen der Zukunft in vernunftgemäßer Weise Rechnung zu tragen. Der materielle Gewinn ist nur ein scheinbarer. Gewiß, es wird „sofort verdient", dafür ist aber das Einkommen später um so geringer; das Gespenst: Arbeitslosigkeit ist immer in nächster Nähe. Den ungelernten Arbeiter umschweben in viel höherem Maße als den in strenger Lehrzeit an Zucht und Ordnung gewöhnten gelernten moralische Gefahren: kurzum, Grund genug, einen ungelernten Beruf nur in Ausnahmefällen ergreifen zu lassen.

Bei der **Wahl** des **Prinzipals** lasse man ebenfalls alle Vorsicht walten. Im Handwerk muß ein Lehrvertrag abgeschlossen werden, durch welchen die beiderseitigen Rechte und Pflichten von Lehrherrn und Lehrling festgesetzt werden. Man verhüte, daß im Handwerk etwa der Lehrling als „jugendlicher Arbeiter" eingestellt wird. Wo eine gut funktionierende Lehrstellenvermittlung eingerichtet ist, die auch den lokalen Bedürfnissen Rechnung trägt, bediene man sich dieser; speziell bei der Wahl des Prinzipals wird man dabei gut fahren. Und zuletzt noch eins: niemals sollte man bei der Berufswahl lediglich etwa die „Lust" eines Knaben ausschlaggebend sein lassen. Gewiß, sie spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle, aber nicht minder wichtig sind die Momente, die wir oben zur wesentlichen Berücksichtigung angeführt haben.

Geht man so nach jeder Richtung hin bei der Berufswahl mit Überlegung und Vorsicht vor, dann ist nach menschlicher Voraussicht und nach menschlichen Kräften auch die Gewähr geboten, daß die Berufswahl eine gute ist, daß der Beruf selbst, wie wir oben gesagt haben, eine Quelle wird für eine **auskömmliche Existenz** und die **innere Befriedigung.**

Westfalen — Rheinland.

Dülmen, den 7. April.

★ **Quartalsrechnung — Quartalszahlung.** Es verdient lobend anerkannt zu werden, daß die Behörden im allgemeinen, wie auch insbesondere unsere Stadtverwaltung, die kurze Fristzahlung begünstigen, da dieselben mit Nachdruck ihre Rechnungen einfordern und auch alsbald bezahlen. Dieses löbliche Tun sollte für jeden Bürger vorbildlich sein, und es wäre sehr zu wünschen, daß die Käufer wenigstens am Schlusse jeden Quartals ihre Rechnungen von ihren Lieferanten einfordern. Sollten die Rechnungen jedoch nicht gefordert werden, so wäre es an den Lieferanten, Quartalsrechnungen zu erteilen, denn der große Nutzen der kurzfristigen Zahlung sowohl für den Käufer wie für den Verkäufer liegt auf der Hand und ist an dieser Stelle schon des öfteren erörtert worden: kurze Zahlungsfristen ermöglichen billigere Preise!

★ **Militärisches.** Beim 7. Armeekorps sollen zu den diesjährigen Übungen insgesamt 33 780 Mann Infanterie eingezogen werden. Davon üben beim 4. Korps 3000, beim 15. und 16. Korps je 6500 Mann. Es werden ferner 4950 Feldartilleristen, 1075 Mann Train usw. eingezogen. Bei allen Infanterie-Regimentern mit 2 Bataillonen werden für die diesjährigen Manöver durch Einziehen von Reserven drei Bataillone gebildet.

a. **Kath. Kaufm. Verein.** Morgen, Dienstag, abend hält der Verein seine Monatsversammlung im Vereinslokale Limberg ab. Auf der Tagesordnung stehen viele wichtige Punkte, die ein allseitiges Erscheinen wünschenswert machen. Außerdem wird ein Vortrag stattfinden.

+ **Die Versammlung des Windthorstbundes Dülmen** findet nicht, wie bekannt gemacht, am Dienstag, sondern am Donnerstag abend statt.

Eine Schlägerei entstand gestern Mittag kurz vor 1 Uhr zwischen einigen hiesigen Einwohnern und einem Auswärtigen, wobei es auf beiden Seiten Beulen und Schrammen absetzte.

≈ **Personalien.** Anstelle des nach Ahaus versetzten Bahnmeisters Herrn Meyerhoff wurde Herr Bahnmeister Metze hierselbst nach Bahnhof Ost versetzt und Herr Bahnmeister Cöhrdt aus **Münster** mit der Bahnmeisterei des Hauptbahnhofs betraut.

□ **Ziegen-Zucht- und Versicherungsverein.** Am nächsten Sonntag wird abends 6 Uhr eine Generalversammlung des Ziegen-Zucht- und Versicherungsvereins stattfinden.

○ **Gesellenprüfung.** Am vergangenen Mittwoch fand im kath. Gesellenverein hierselbst nachmittags 4 Uhr die Gesellenprüfung statt. Zu derselben hatten sich 15 Lehrlinge gemeldet und zwar aus Dülmen, Merfeld, Buldern, Hiddingsel, Rorup. Davon waren 4 Schneider, 1 Schuhmacher, 4 Schlosser, 1 Schmied, 3 Schreiner, 1 Anstreicher und 1 Bäcker. Die theor. Prüfung leitete Herr Rektor Müller. Die Prüfung haben alle bestanden. Außer den Prüfungskommissionen und anderen Meistern waren noch anwesend der Herr Bürgermeister Lehbrink, der Präses des Gesellenvereins, Herr Kaplan Schlothmann, und der Präses vom Lehrlingsverein, Herr Vikar Uppenkamp. Der Herr Bürgermeister sowie der Präses des Lehrlingsvereins richteten an die jungen Gesellen recht beherzigenswerte Ansprachen und gaben ihnen väterliche Ermahnungen mit auf ihren späteren Lebensweg. Der Geschäftsführer gratulierte die jungen Gesellen im Namen der Prüfungsausschüsse und schloß hiermit den feierlichen Akt.

★ **Scheckverkehr.** Nach den Bestimmungen des Scheckgesetzes, welches am 1. April in Kraft getreten ist, müssen inländische Schecks innerhalb 10 Tagen der bezogenen Bank zur Einlösung vorgelegt werden.

★ **Vorsicht!** Seit einigen Tagen werden die Landwirte unseres Kreises durch Abonnentensammler besucht, die Bestellungen auf den „Praktischen Landwirt" in Leipzig-Borsdorf annehmen. Der Text der Bestellscheine ist so geschickt abgefaßt, daß man eventl. berechtigte Zweifel hegen muß. Bevor unsere Leser ihre Unterschrift zur Bestellung und die „eine Mark Einschreibegebühr (?!) zahlen" empfehlen wir die größte Vorsicht.

★ **Der Zweigverein Münster des kath. Frauenbundes** wendet sich in einem Aufrufe an die Mildtätigkeit der Katholiken des Münsterlandes zwecks Gründung einer katholischen Anstalt zur Ausbildung von Kinderpflegerinnen oder Kindermädchen. Wenn alle, besonders die katholischen Mütter, nach ihren Verhältnissen dieses Unternehmen gelegentlich der in diesen Tagen stattfindenden Kollekte, welche vom Herrn Oberpräsidenten, sowie von geistlichen und weltlichen Behörden empfohlen wird, möglichst unterstützen, kann die Anstalt um Ostern des Jahres 1909 vielleicht schon eröffnet werden.

Buldern, 6. April. Nahezu sind es zwei Jahre, daß unsere neue Kirche ihrer Bestimmung übergeben wurde. Gar schön ist dieselbe im Innern ausgestattet an Bildwerken und dergleichen, um die uns gewiß manche andere Gemeinde beneidet. Doch eines fehlt noch: es ist der Hochaltar. Wie Herr Pfarrer Tellen nun in der gestern nachmittag abgehaltenen Volksvereinsversammlung mitteilte, wolle er den hochwürdigsten Herrn Bischof bitten, im Sommer die Konsekration der Kirche vorzunehmen. Bis dahin müsse die Kirche im Besitze eines schönen Hochaltars sein. Bekanntlich koste ein solcher aber viel Geld. Da die Mittel aufgezehrt seien, sei es nun dringend erwünscht, durch freiwillige Spenden den Fonds zu schaffen. Und darum empfehle er den Eingesessenen in diesem Jahre einmal das Jagdgeld zu quittieren. Er selbst wolle mit gutem Beispiel vorangehen und wenn sich keiner zurückziehe, dann werde die Kirche bald um einen kostbaren Schmuck reicher sein und der hochwst. Herr Bischof gerne zur Konsekration herbeieilen. In den nächsten Tagen werde er eine diesbezügliche Eingeichnungsliste zirkulieren lassen und hoffe, daß ein jeder dieses Opfer den armen Seelen zuliebe noch brächte. Hoffentlich dürfen wir der Verwirklichung dieses Wunsches bald entgegensehen.

Buldern, 6. April. Die gestern nachmittag in den Halberstadt'schen Saale einberufene Versammlung des Volksvereins für das kath. Deutschland erfreute sich trotz des schlechten Wetters eines guten Besuches. Herr Vikar Emschermann eröffnete gegen 4 Uhr die Versammlung und gab seiner Freude über das zahlreiche Erscheinen Ausdruck. Heute zähle der Volksverein in der Gemeinde ca. 140 Mitglieder. Doch gäbe es noch zahlreiche Eingesessene, die den idealen Bestrebungen des Vereins noch fernständen und diese für den Verein zu interessieren, müsse die Aufgabe eines jeden Anwesenden sein. Sodann seien in das Lokalkomitee der Zentrumspartei 8 Herren zu wählen und zwar je 4 aus Dorf und Landgemeinde. Er schlage deshalb die Herren B. Sentrup, Gemeindevorsteher Schäpers, Wirt Knüvener, Volsbed aus dem Dorf und Wissing, Baumeister, H. Grosse-Hülst und Schwersmann aus der Gemeinde vor. Sämtliche Herren nahmen die Wahl an. Redner bat dann die Anwesenden, recht eifrig den Zentrumswahlfonds zu unterstützen und zwar seien hierfür nur 10 Pfg. pro Zentrumswähler zu zahlen. Für den weiteren Vorsitz der Versammlung schlug Redner Herrn Gemeinde-Vorsteher Schäpers vor, der die Wahl annahm und zugleich dem Herrn Pfarrer Tellen das Wort erteilte. Dieser verbreitete sich in einem wohldurchdachten Vortrage über das Verhältnis Mallinckrodts zu Bismarck. Redner kennzeichnete Mallinckrodt als einen der ersten Kämpen für die hehre Sache der Zentrumspartei. Wie er im Berufe als Jurist zu den hervorragendsten gezählt habe, umso mehr habe er auch als Zentrumsmann in den Anfängen des Kulturkampfes in der Partei als leuchtendes Vorbild die Rechte der Kirche verteidigt. Der Vortrag fand bei allen Anwesenden lebhaften Beifall. Nachdem Herr Schäpers dem Redner für die schönen Ausführungen gedankt hatte, ließ Herr Vikar Emschermann durch die Vertrauensmänner ein Flugblatt des Mäßigkeitsbundes gegen den Alkohol verteilen. Um 6 Uhr fand die schön verlaufene Versammlung ihren Abschluß. — Herr Graf Erbdrostе, der sein Erscheinen zugesagt hatte, mußte leider in letzter Stunde familiärer Verhältnisse halber absagen.

★ **Coesfeld,** 4. April. Zum Direktor des hier neu zu errichtenden Lehrerseminars ist Herr Schulrat Gruner in Schneidemühl, Reg.-Bez. Bromberg, ernannt.

★ **Aus dem Kreise Lüdinghausen,** 4. April. Bergwerksverleihungen. Der Rhein.-Westfälischen Bergwerksgesellschaft m. b. H. zu Mülheim-Ruhr ist das Eigentum auf die Bergwerke „Lüdinghausen 20, 22, 24, 25, 27, 29, 30 und 31" in den Gemeinden Lüdinghausen Land, Seppenrade und Senden mit einem Felde von etwa 15 250 000 Quadratmeter verliehen worden.

★ **Lüdinghausen,** 3. April. Dem Vernehmen nach findet die Einführung des Herrn Amtmanns Fischer am Freitag den 10. April durch den Herrn Landrat statt.

★ **Seppenrade,** 3. April. Während unser Polizeisergeant Bohmert einen Kursus an der Polizeischule mitmacht, wird unser früherer Polizeisergeant Schöpper die Stelle übernehmen.

★ **Olfen,** 4. April. Der 20jährige Müllerknecht Josef Kröger von hier ist seit dem 3. März d. Js. verschwunden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß er in der Dunkelheit den Weg verfehlt hat, und in die Lippe oder Stever geraten ist. Etwaige Angaben über den Verbleib des K. sind der Polizei oder auch dem Ersten Staatsanwalt in Münster mitzuteilen.

★ **Recklinghausen,** 4. April. Die Stadtverordneten haben für ein großes städtisches Restaurant im neu angelegten Stadtgarten 100 000 Mark bewilligt.

★ **Münster,** 4. April. Mit dem gestrigen Tage beschloß Fräulein Elisabeth Schöningh ihre langjährige, reichgesegnete Wirksamkeit als Leiterin der kath. höheren Töchterschule (verbunden mit einem Lehrerinnenseminar), deren Schülerinnenzahl bereits 650 übersteigt. Gleichzeitig scheidet auch Fräulein Karoline Schöningh, die in treuer Mitarbeit ebenfalls 30 Jahre zum Segen der Anstalt gewirkt hat. Möge den hochverdienten Damen ein langer, glücklicher, ungetrübter Lebensabend beschieden sein!

★ **Münster,** 4. April. Tödlicher Unglücksfall. Vom Kölner Eilzuge 97, der 10,3 vormittags in Münster einläuft, wurde heute kurz vor der Einfahrt in den hiesigen Bahnhof der Hülfsweichensteller Wischkötter erfaßt und zerstückelt. Der Verunglückte stand im Alter von 24 Jahren und war unverheiratet. Wischkötter war mit dem Schmieren der Weichen beschäftigt und muß beim Herankommen des Schnellzuges so verwirrt gewesen sein, daß er nicht mehr wußte, nach welcher Seite er auszuweichen hatte.

★ **Gescher,** 3. April. Der Verbandstag der Münsterl. Feuerwehren findet in diesem Jahre am 14. Juni hierselbst statt.

★ **Bocholt,** 3. April. Eine Schmuggleraffäre. Dieser Tage wurden von Grenzbeamten bei einem in der Nähe der Grenze wohnenden Landwirt 4 Kühe beschlagnahmt. Wie verlautet, soll es sich in diesem Falle um die Aufdeckung einer umfangreichen Schmuggel-Affäre handeln, in welche auch ein Grenzbeamter verwickelt sein soll. Hierfür spricht wenigstens der Umstand, daß der betreffende Beamte vorläufig vom Dienste entfernt ist.

★ **Bocholt,** 4. April. Ein Raubanfall wurde gestern abend auf der Rheder Chaussee in der Nähe des Kreuzberges verübt. Daselbst wurden zwei Personen, ein Mann und eine Frau, von mehreren Personen, die mit Stöcken bewaffnet waren, angehalten und zur Herausgabe ihres Geldes aufgefordert. Der Mann weigerte sich natürlich dessen, wurde aber schließlich doch, nachdem man ihn ernstlich mit Schlägen bedroht, gezwungen, ein paar Mark auszuliefern, worauf dann die Wegelagerer Reißaus nahmen. Über die Täter ist bis jetzt noch nichts bekannt

★ **Dortmund,** 3. April. Der 21jährige Rangierer Heinrich Schmalfeld geriet auf dem Evinger Rangierbahnhofe zwischen die Puffer zweier Waggons und erlitt schwere Quetschungen und einen Schädelbruch. Bald nach dem Unfall starb er. — Auf der chemischen Fabrik von Brunck wurde der 35jährige Arbeiter Eduard Vollmer von einem Flaschenzug erschlagen. — Zwei

Fahnenflüchtige, die Musketiere Müller II und Gärtner von der 1. Komp. des Inf.-Regts. 159 in Mülheim-Ruhr, wurden gestern hier verhaftet.

k. **Bielefeld**, 2. April. Selbstmord eines Schülers. Der Gymnasiast Hans Busskühl aus Halle (Obersekundaner des hiesigen Gymnasiums), welcher sich gestern nachmittag aus seiner Wohnung entfernt hatte und nicht zurückgekehrt war, wurde heute nachmittag in der Nähe der „Hünenburg" erschossen aufgefunden. In einem in der Wohnung hinterlassenen Briefe hatte er angegeben, er wisse, daß er die Versetzung nach Prima jetzt nicht erreichen werde, diese Schmach könne er nicht überstehen, weshalb er sich das Leben nehmen würde. Neben der Leiche wurde eine leere Schnapsflasche gefunden.

★ **Paderborn**, 4. April. Der Kaiser wird am 7. und 8. August in der Senne weilen. Statt der Division, welche nach dem Belegungsplane für Ende Juli und Anfang August vorgesehen war, wird ein ganzes Kavallerie-Korps, aus 10 Kavallerie-Regimentern bestehend, zusammengezogen. Der Monat August wird während dieser Tage eine Belegung des Lagers aufweisen, die bisher noch nicht erreicht worden ist. — Der Kaiser wird gleich nach der Rückkehr von Korfu an der Einweihung des neuen Kurhauses in Bad Oeynhausen teilnehmen. Der Monarch hat bekanntlich als Prinz wiederholt Bad Oeynhausen besucht und mit dem Prinzen Heinrich von Preußen dort gewohnt.

★ **Duisburg**, 4. April. Die erste Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurteilte den jugendlichen Arbeiter Karl Göttle von hier wegen Störung des Gottesdienstes der Heilsarmee zu einer Woche Gefängnis.

★ **Mülheim**, 4. April. Heute mittag 12 Uhr fand ein Regimentsappell des 159. Inf.-Regts. statt, in dem der Regimentskommandeur Oberst Jung Abschied nahm und das Regiment dem Major Huck übergab. Oberst Jung ist nach Posen versetzt.

□ **Köln**, 3. April. Drei liberale Stadtverordnetenmandate für ungültig erklärt. Im Herbst 1906 wurde von der zweiten Klasse mit geringer Stimmenmehrheit die Liberalen Berthel, Schulz und Bornheim zu Stadtverordneten gewählt. Gegen das Ergebnis waren von Anhängern der Zentrumspartei mehrere Proteste eingereicht worden, welche sich u. a. auf die falsche Berechnung der Durchschnittssumme, die gesetzwidrige Besetzung einiger Wahlbureaus und die Art der Wahlagitation der Liberalen beziehen. Die Proteste waren von der Stadtverordnetenversammlung am 20. Dezember 1906 mit einer Stimme (derjenigen des Oberbürgermeisters Becker) Mehrheit zurückgewiesen worden. Der Bezirksausschuß wies die Proteste ebenfalls zurück. Nun hat aber das Oberverwaltungsgericht heute die Wahl der drei liberalen Stadtverordneten für ungiltig erklärt.

★ **Bonn**, 3. April. Zum ordentlichen Professor an der katholischen theologischen Fakultät der Universität Bonn ist nunmehr der bisherige außerordentliche Professor dortselbst, Dr. theol. Franz Feldmann aus Hüsten, Priester der Diözese Paderborn, ernannt worden.

★ **Aachen**, 4. April. Bei Einrichtung der Schuldeputation hatte die Stadtverordnetenversammlung mit 22 gegen 10 Stimmen beschlossen, mehr Vertreter des Stadtverordnetenkollegiums als aus der Stadtverwaltung zu wählen. Im ganzen sollten in die Deputation eintreten drei Mitglieder des Gemeindevorstandes, sieben Stadtverordnete, sechs der Erziehung kundige Personen, drei katholische, ein evangelischer Geistlicher und ein Rabbiner. Diesem Beschluß hat nunmehr die königliche Regierung die Bestätigung versagt.

Vermischtes.

Berlin, 6. April. Ein mysteriöser Todesfall. Als der D-Zug 41 gestern am Anhalter Bahnhof ankam, wurde eine Reisende, namens Berta Bold, welche auf der Reise von Frankfurt a. M. nach Königsberg begriffen war, vermißt. Nach telegraphischen Meldungen aus Hanau wurde die Vermißte dort tot auf den Schienen liegend aufgefunden. Die Vernehmung der Passagiere hat bis jetzt nichts Positives ergeben. Die Wagentüren waren ordnungsmäßig geschlossen.

(-) **Lübeck**, 6. April. Bei einer Kesselexplosion im Hochofenwerk hierselbst wurden zwei galizische Arbeiter getötet.

Kiel, 4. April. Der Seeoberleutnant Kreibel, welcher in weitverzweigte gerichtliche Untersuchung über Verbrechen nach Paragraph 218 des Strafgesetzbuchs verwickelt war, beging heute Selbstmord.

Blexen (Oldenburg), 3. April. Vaterliebe. Der Schlosser Grimme, der bei dem Brande eines Hauses ein angeblich in der Dachkammer noch schlafendes Kind retten wollte, fand den Erstickungstod.

Metz, 3. April. Aus einer großen Garnison. Vor kurzer Zeit wurde gemeldet, daß in Metz ein Leutnant des dort garnisonierenden vierten bayerischen Infanterie-Regiments wegen Betrugs verhaftet worden sei. Fast gleichzeitig verlautete mit Bestimmtheit, daß das hiesige Dragoner-Regiment Nr. 9 (weiße Dragoner) verlegt werden solle, und zwar wegen unliebsamer Wechselangelegenheiten zweier Leutnants. Die Verlegung des Regiments dürfte unmittelbar bevorstehen, zumal mit aller Bestimmtheit auftretenden und bisher unwidersprochen gebliebenen Angaben zufolge ein weiterer höchst peinlicher Fall das gleiche Regiment betroffen hat. Danach soll in diesen Tagen ein Leutnant des Regiments wegen Wechselfälschung, deren Entdeckung am 1. April als den Fälligkeitstag unmittelbar bevorstand, ins Ausland gegangen und wegen Fahnenflucht und Wechselfälschung nunmehr steckbrieflich verfolgt werden.

○ **Landau**, 3. April. Ein Weinpantscher. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Weinhändler Warsch aus Sankt Margin zu drei Monaten Gefängnis. 80 000 Liter Wein wurden beschlagnahmt.

(::) **Frankfurt** a. M., 3. April. Die Flucht vor dem Manne. Die Ehefrau des Arbeiters Holder in Wimpfen sprang aus Furcht vor ihrem Mann in den Neckar, nachdem sie vorher ihre Kinder, ein 1 und 6 Jahre altes, mit einem Messer am Kopf lebensgefährlich verletzt hatte.

Dresden, 3. April. Prinzessin Mathilde von Sachsen hat sich beim Reiten in der Dresdener Heide eine Quetschung der Schulter und einen Bruch des rechten Schlüsselbeins zugezogen. Die Verletzung gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß.

(::) **Graudenz**, 3. April. Ein Millionenschwindler. Die Bromberger Kriminalpolizei verhaftete auf Veranlassung des Staatsanwalts in Graudenz den Prokuristen P. Gusowiu, der als Prokurist der Firma Schulz Blankoakzepte von Kaufleuten und Gastwirten fälschte. Die erschwindelte Summe soll über eine Million betragen.

Glatz, 4. April. Raubmord. In Niederrathen bei Albendorf wurde auf einen Viehhändler und Gastwirt namens Herden ein Raubmord verübt. Der Gastwirt, der heute den Breslauer Viehmarkt besucht hatte, trug 6000 ℳ in einem Brustbeutel bei sich. Auf dem Wege vom Bahnhof nach Albendorf begegnete ihm ein unbekannter Mann, der ihm einen tiefen Messerstich in die Magengegend versetzte. Er schleppte sich noch bis zum Wiemingerschen Gute, wo er verstarb. —

(-) **Aschaffenburg**, 3. April. Bei dem vorgestrigen Gewitter schlug der Blitz in einen Neubau, tötete einen Arbeiter, während drei weitere Arbeiter mehr oder minder schwere Brandwunden davontrugen.

Stuttgart, 4. April. Die Strafkammer zu Stuttgart verurteilte den verantwortlichen Redakteur des Simplizissimus, Hans Gulbransson, wegen Beleidigung des Offizierkorps des Deutzer Kürassierregiments zu 100 ℳ Geldstrafe. Dem Kommandeur des Regiments wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

(-) **London**, 3. April. Ein Opfer der Röntgenstrahlen. Dr. Harnack vom Londoner Hospitale, welcher bei der Patientenbehandlung mit Röntgenstrahlen Verletzungen erlitten hat, mußte sich einer dritten Operation unterziehen. Von beiden Händen mußten ihm mehrere Finger amputiert werden. Sein Zustand ist sehr ernst.

London, 8. April. Das Unglück in der englischen Marine. Das Unglück des „Tiger" ereignete sich beim Angriff des Torpedobootszerstörers gegen die übrige Flotte, als die Schiffe ohne Lichter dampften. Es war kein Mondschein und ein leichter Regen fiel. Der Torpedojäger „Tiger" dampfte mit einer Geschwindigkeit von 24 Knoten und wurde von dem ebenfalls in guter Fahrt befindlichen Kreuzer „Berwick" mittschiffs gerammt und in zwei Hälften geschnitten. Der vordere Teil des Schiffes, in dem sich der Kommandant und der größere Teil der Mannschaft befand, sank sofort, der hintere Schiffsteil innerhalb drei Minuten; hier gelang es jedoch der Schiffsbedienung, das Deck zu erreichen, von dem sie in den schnell herabgebrachten Booten aufgenommen wurden. Die mit den Wellen kämpfenden Mannschaften befanden sich in schweren, wasserdichten Sachen und Stiefeln unter Deck, so daß ihre Rettung sehr erschwert wurde. Dazu herrschte tiefste Dunkelheit. Auf die Signale des „Berwick" wurde vom Geschwader sofort alles mögliche zur Rettung der Unglücklichen getan. Beim Lichte der Scheinwerfer suchten die herabgelassenen Boote nach den verzweifelt mit dem Tode Ringenden und retteten schließlich 25 Mann. Acht wurden vom Kreuzer „Berwick", zwölf vom Kreuzer „Gladiator" und fünf von zwei Torpedobooten aufgenommen. Viele der Geretteten waren furchtbar erschöpft, und einer von ihnen starb bald danach an den bei der Kollision erlittenen Verletzungen. Man war lange im Zweifel, wie viele fehlten, da sich nicht genau feststellen ließ, wie viel Besatzung der „Tiger" führte. Die Geretteten wurden in Portsmouth gelandet. Der Kommandeur des „Tiger", Leutnant Middleton, ist unter den Ertrunkenen. Wie gemeldet, wird ihre Zahl offiziell auf 36 Mann angegeben. Der gerettete Torpedoinstrukteur Newman starb an Erschöpfung.

Petersburg, 3. April. Eisenbahnräuber. Auf den südwestrussischen Bahnen ist seit einiger Zeit eine Räuberbande tätig, welche die Reisenden vergiftet, um sie zu berauben. Bis jetzt sind 15 Vergiftungsfälle festgestellt.

Neuyork, 3. April. Nach einer Meldung des „Neuyork Herald" ist ein Vulkan bei San Felice in Guatemala (Mittelamerika) in heftigem Ausbruch begriffen. Die Einwohner von San Felice rüsten sich zur Flucht. Der Ausbruch wird wahrscheinlich die Stadt Quezaltenango zerstören.

Schweres Schiffsunglück.

□ **Portsmouth**, 3. April. **Der Kreuzer „Berwick" stieß heute im Kanal mit dem Torpedojäger „Tiger" zusammen. Nach amtlicher Feststellung sind bei dem Zusammenstoß 36 Mann ums Leben gekommen.**

Kurzer Getreide-Wochenbericht

der

Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 24. bis 30. März 1908.

Die Berichtswoche brachte am Tage warmen Sonnenschein, während der Nächte Frost bis zu 10 Grad. Für die Saaten dürften diese Temperaturschwankungen, namentlich in den östlichen Landesteilen, nicht ohne nachteilige Folgen geblieben sein. Weder hier noch in Amerika fanden mit dem Saatenstand zusammenhängende Befürchtungen sonderliche Beachtung. Andere Anregungen, die geeignet gewesen wären, dem Getreidegeschäft etwas mehr Lebhaftigkeit zu verleihen, lagen von keiner Seite vor, vielmehr wird die Unternehmungslust dauernd durch den Umfang der argentinischen Exportleistungen, besonders aber durch die enttäuschende Konsumnachfrage unter Druck gehalten. Am schärfsten brachte sich die ungünstige Geschäftslage während der abgelaufenen Woche auf den deutschen Märkten zum Ausdruck. Den Hauptgrund für die allgemine Zurückhaltung bildet nach wie vor der schleppende Absatz von Mahlprodukten, der die Mühlen zu einer Einschränkung ihrer Erzeugung veranlaßt hat und das Unterkommen des Warenangebots infolgedessen zu einem außerordentlich schwierigen gestaltet. Weizen wird vom Inlande nur wenig angeboten und es hat den Anschein, daß sich von diesem Artikel keine größeren Quantitäten in erster Hand befinden. Dagegen lag in Roggen stärkeres Angebot vor, das aber umso schwerer anzubringen war, als es sich dabei meist um geringe Qualitäten handelte, die den Lieferungsbedingungen nicht entsprachen. Die Besitzer derartiger Waren sahen sich daher veranlaßt, diese zu Boden zu nehmen, sofern sie sich mit den niedrigen Geboten der Mühlen nicht abfinden wollten. In der Hoffnung, den Roggen durch Bearbeitung in den für kontraktliche Erfüllung nötigen Zustand bringen zu können, wurden gegen die unverkaufte Ware Lieferungsabgaben vorgenommen, die den Maipreis seit der letzten Woche um 9 ℳ herabdrückten. Auch im Hafergeschäft haben sich die Absatzverhältnisse keineswegs gebessert, so daß die etwas erhöhten Forderungen der Provinz beim Handel auf Widerstand stießen. Futtergerste war billiger käuflich, doch stellt der Konsum nur sehr bescheidene Ansprüche. Auch für Mais, dessen Forderungen fest geblieben sind, ist das Interesse nur gering.

Es stellten sich die Preise für inländisches Getreide am letzten Markttage wie folgt:

	Weizen:		Roggen		Hafer:	
Königsberg	215	—	180	— 6	148	—
Danzig	216	—	186	— 2	152	— 3
Stettin	209	— 4	183	— 4	154	— 1
Posen	216	— 2	184	— 5	148	—
Breslau	213	— 3	190	— 5	155	—
Berlin	203	— 3	185	— 9	170	— 2
Magdeburg	202	— 1	192	— 3	162	—
Halle	202	— 1	196	— 3	165	—
Leipzig	207	— 1	196	— 4	161	—
Rostock	—	—	—	—	—	—
Hamburg	206	— 2	190	— 2	170	—
Hannover	209	+ 3	196	— 2	160	— 5
Braunschweig	204	— 1	195	—	168	+ 3
Münster	—	— 3	—	—	—	—
Düsseldorf	212	— 2	192	—	170	—
Köln	—	—	—	—	—	—
Frankfurt-M.	212	— 2	200	+	177½	—
Mannheim	220	— 2	202	— 2	174	— 1
Stuttgart	227½	—	—	—	190	—
Straßburg	220	—	207½	—	195	—
München	233	— 2	203	— 2	188	— 2

Weltmarktpreise: Weizen: Berlin Mai 202,75 (— 3,75); Budapest April 193,95 (— 3,35); Paris April 181,90 (+ 1,35); Liverpool Mai 166,25 (—); Chikago 144,70 (— 0,35). Roggen: Berlin Mai 191,75 (— 9,00). Hafer: Berlin Mai 169,75 (— 4,75) ℳ.

Uebersicht der Viehmärkte.

Auf den Rindermärkten des europäischen Auslandes war in der Berichtswoche die Geschäftslage nicht sehr günstig. Aus Kopenhagen, Wien und London wird über flaue Stimmung bei teilweise sinkenden Preisen berichtet. Nur in Paris waren die Preise etwas höher gehalten. Von Chikago dagegen wird ein weiteres erhebliches Steigen für weststaatliche Herkünfte gemeldet.

Die Preise auf den ausländischen Schafmärkten weisen keine nennenswerten Veränderungen auf. In Paris wurde bei geringem Auftrieb zu etwas höheren Preisen gehandelt.

Auf den ausländischen Schweinemärkten hat sich die günstige Lage, wenigstens soweit Europa in Betracht kommt, nicht behauptet. Nur in Wien und Rotterdam zogen die Preise etwas an. In Kopenhagen, Paris und Manchester ist indes eine Verschlechterung der Preislage zu verzeichnen. Eine weitere sehr erhebliche Preissteigerung hat nur in Chikago stattgefunden.

Auf den Rindermärkten des Auslandes hat sich die Marktlage meist ungünstiger gestaltet. Nur Mannheim und Zwickau erhielten vorwöchentliche Preise und in Danzig, Breslau, Hamburg, Stuttgart, Dresden und Dortmund waren Kühe, in Köln Ochsen etwas teurer.

Auch für Schafe haben mehrere Märkte Preisrückgänge zu verzeichnen. Nur in Dortmund und Hannover waren die Preise etwas höher.

Die Preise für Schweine sind gleichfalls nur an zwei Märkten, und zwar in Nürnberg und Frankfurt a. M. etwas gestiegen. An 8 Märkten behaupteten sie sich auf vorwöchentlicher Höhe. Auf 10 Märkten, darunter Berlin, Köln und Hamburg sind dagegen die Preise noch weiter zurückgegangen.

Kalender der Kram- und Viehmärkte.

Mittwoch, 8. April. Viehmarkt in: **Banse, Hilchenbach, Hopsten, Schüttorf** und **Warendorf**; Kram- und Viehmarkt in: **Menslage, Neuenhaus** und **Rheine**; Zuchtfaselviehmarkt in **Dortmund**; Rindvieh- und Pferdemarkt in **Kleve**.

Donnerstag, 9. April. Viehmarkt in: **Bottrop, Habinghorst, Holte, Kattenvenne** (Bahnhof), **Lippstadt, Recklinghausen** und **Blotho**; Kram- und Viehmarkt in: **Ankum, Coesfeld** und **Niederneuphen**; Kleinviehmarkt in **Essen**; Rindvieh- und Schweinemarkt in **Xanten**.

Freitag, 10. April. Viehmarkt in **Eickel**; Kram- und Viehmarkt in: **Herbede** und **Schale**; Kram-, Vieh- und Kleesamenmarkt in **Harsewinkel**.

Montag, 13. April. Viehmarkt in **Hagen i. W.**; Schlachtviehmarkt in: **Dortmund** und **Essen**; Rindvieh- und Schweinemarkt in **Dinslaken** (2 Tage).

Dienstag, 14. April. Viehmarkt in: **Münster, Bielefeld, Ibbenbüren, Lübbecke, Lüdinghausen, Neuenheerse, Rheda** (Kr. Aschendorf), **Nöhlinghausen, Wendfeld, Werne** und **Winterswyk**; Kram- und Viehmarkt in: **Brakel, Delbrück, Gehrde** und **Breden**; Vieh- und Hammelmarkt in **Erwitte**.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Rose u. Ko., Dortmund, hat mit der Ausgabe ihres neuesten Katalogs für Frühjahr und Sommer 1908 begonnen.

Das geschmackvoll ausgestattete Preisbuch enthält eine große Anzahl künstlerisch ausgeführter Abbildungen, die den verehrten Damen die heutige Mode vor Augen führen und sie in den Stand setzen, Bestellungen danach aufzugeben. Die Firma Rose u. Ko. ist gern bereit, jedem Interessenten den Katalog an der Geschäftskasse zu behändigen oder kostenlos zuzusenden.

Schlachtviehpreise nach Lebendgewicht.

Auf Grund amtlicher Marktberichte zusammengestellt.

		Schlachtprozente	Berlin 28. 3	Hannover 30. 3.	Dortmund 30. 3.	Schlachtprozente	Köln a. Rh.*) 30. 3.	Elberfeld 30. 3.	Essen a. d. R. 30. 3.	Düsseldorf 26. 3.
Auftrieb:	Rinder		5106	348	897		1253	841	881	343
	Kälber		1721	192	532		727	380	784	410
	Schafe		7622	290	54		895	181	34	—
	Schweine		13922	716	2334		4120	2394	4011	1988
Tendenz:	Rinder		schlepp.	langsam	langs.		langs.	ruhig	langs.	mittelm
	Kälber		ruhig	gut	mittel		lebh.	flott	zl. lebh.	„
	Schafe		fast	langsam	„		„	„	„	„
	Schweine		schlepp.	„	„		ruhig	mäßig	„	„
			Mk.	Mk.	Mk.		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Ochsen.	a) vollfl. ausgemästete	61	43—45	46	46—47	58	45	43—44	44	46
	b) junge nicht ausgem.	54	35—37	39—40	39—40	54	38—39	37—38	38—39	40—41
	c) mäßig genährte	50	29—31	34—35	32—35	50	32—34	31—32	32—34	34—36
	d) gering genährte	46	24—26	—	25—29	45	25—27	—	—	—
Bullen.	a) vollfl. ausgemästete	60	36—42	40—41	42—43	59	40	38—40	40—41	39—40
	b) vollfl. jüngere	53		33—34	35—38	53	34—35	32—33	33—34	33—34
	c) mäßig genährte	48	28—30	29—30	29—31	47	29—30	26—27	25—28	28—29
	d) gering genährte	43	23—25	—	24—25	43	24—25	—	—	—
Färsen.	a) vollfl. ausgemästete	56	—	40—41	40—41	56	—	37—38	41	37—38
	b) vollfl. ausgem. Kühe	52	33—35	36—37	35—37	52	35	33—34	34—36	33
	c) ältere ausgem. „	50	29—31	30—33	30—33	49	30—31	26—29	29—32	29—30
	d) mäßig genährte „	44	24—25	—	22—26	43	25—26	—	23—25	24—25
	e) gering „ „	42	21—22	—	—	—	—	—	—	—
Kälber.	a) Doppellender	—	—	—	—	72	70	—	70—72	72
	b) beste Saugkälber	65	54—57	58—62	50—52	64	52	54—58	53	54
	c) mittlere Mastkälber	60	42—44	47—51	45—49	60	44—47	46—50	45—50	47—49
	d) geringere Saugkälber	54	21—25	32—40	38—44	49	29—33	35—42	33—42	35—37
	e) ger. genähr. Jungvieh	44	22—24	—	—	—	—	—	—	—
Schafe.	a) Mastlämmer u. Masthammel	50	38—39	40—41	37—42	50	45	38	41	—
	b) ältere Masthammel	48	32—33	35—37	31—36	46	39—40	26—31	34—37	—
	c) m. gen. Hammel u. Schafe	42	23—24	27—29	23—27	40	30—32	—	—	—
	d) Holst. Niederungsschafe	—	—	—	—	—	—	—	58	—
Schweine.	a) vollfl. d. f. Rassen	—	53	59—60	57	—	56	51—58	—	59
	b) Käser bezw. Fettschweine	—	—	—	—	—	57	—	—	—
	c) fleischige	—	50—52	55—58	54—56	—	53—54	55	54—57	57—58
	d) gering entwickelte	—	45—49	50—54	48—53	—	—	48—52	46—53	52—53
	e) Sauen	—	49	—	—	—	—	—	—	—

Vorstehende Preise verstehen sich für 100 Pfd. Lebendgewicht. Auf die Notizen für Schweine rechnet Berlin 20 Proz. die übrigen Märkte ca. 20—22 Proz. Tara ab. *) Kälber- und Schafenotiz vom 6. 2. 08.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 65 des Kommunal-Abgaben Gesetzes vom 14. Juli 1893 und Art. 43 der dazu erlassenen Ausführungs-Anweisung wird hierdurch bekannt gemacht, daß für das **Rechnungsjahr 1908** in der Stadtgemeinde Dülmen an Kommunalsteuern **200 % Zuschläge zur Staatseinkommensteuer**, einschl. fing. Sätze, **und 220 Proz. der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer neben 100 Proz. Zuschlägen zur Betriebssteuer erhoben werden.** (Die bisher besonders erhobene Schulsteuer kommt nunmehr infolge Uebernahme der Schullasten auf den Gemeindeetat in Fortfall.)

Dülmen, den 4. April 1908.

Der Bürgermeister:
Lehbrink.

Für Erstkommunikanten:
Große Auswahl in
Hüten, Leinenwäsche, Shlipse u. Hosenträger.
Ferner empfehle mein großes Lager in
Herrenhüten von den billigsten bis zu den feinsten, sowie selbstverfertigte **Mützen für Herren, Knaben und Mädchen, Prinzen- und Tellermützen, Schlipse, Binneschlipse, Leinen-Wäsche, Portemonnaies, Zigarren-Etuis und Hosenträger.**
Großer Posten der schönsten und billigsten **Spazierstöcke** soeben eingetroffen.
August Jürgensmeier :: 5 Dülmen Markt Nr. 5.

Um- und Anbauten
sowie
Reparatur-Arbeiten
übernimmt
zur fachgemäßen Ausführung
A. Fischer, Münster i. W.,
Architekturbureau und Baugeschäft,
Augustastraße 24 a. Telephon 201

Die Gewerbebank Dülmen e. G. m. b. H.
verzinst Spareinlagen mit
4½ Prozent.
Der Vorstand: J. A.: Bockholt

Vom 8. April bis Anfang Mai verreist
Sanitätsrat Dr. Wilsmann.

Klee- und Grassamen, Seradella, Saat-Wicken, Pflanzbohnen, Saaterbsen, Stück Wurzel-, Steckrüben- und Runkelsamen.
Gute Gartensämereien.
F. Fölling.

Speise- u. Pflanzkartoffeln auch **Paulsens-Juli** sind zu haben.
Bödiger.

Braver, katholischer
Schreinerlehrling
gesucht (bei Familienanschluß).
Friedr. Paschen sen.,
Annen i. W., Steinbach 16.

Suche auf sofort oder bis zum 1. Mai ein properes
Mädchen,
welches selbständig kochen kann und ein properes
Zimmermädchen.
Zu melden bei
Wilhelm Gertz, Gastwirtschaft,
Sinderwich bei Recklinghausen.

Braves, kathol.
Dienstmädchen
im Alter von 15—18 Jahren gesucht.
Frau Ernst Weber,
Schwelm, Ostenstraße 93.

Zum 1. Mai oder früher ein
Mädchen
für Küche und Hausarbeit, sowie ein jüngeres
Zweitmädchen
gesucht. Gute Zeugnisse erforderlich.
Frau P. Ohligschläger,
Hagen i. W., Mittelstraße 17.

damit auch Sie Ihren Husten los werden. Im Zeitalter der Tuberkulose muß man sich vor Erkältung schützen. Vor allen Dingen aber ist es Selbsterhaltungspflicht, energisch gegen so gefährliche Leiden, schleichende, heimtückische Krankheiten wie: hochgradige Atemnot, alten chronischen Bronchialkatarrh, veralteten Husten, langjährigen Rachenkatarrh vorzugehen. Es ist zur Genüge bekannt, daß daraus leicht schlimme Hals- und Lungenleiden entstehen können.

Die große Frage ist: Wie kann man vorbeugen? Wie kann man helfen, wie kann man heilen? Mit

Apoth. Grundmanns

Husten- u. Lungentee

und den dazugehörigen Bonbons. Alle Lungenleidenden, alle an Husten, Bronchialkatarrh, chronischer Heiserkeit usw. usw. Erkrankten, alle, die zur Erkältung neigen und die den tausendfach bewährten Grundmannschen Husten- und Lungentee noch nicht kennen, machen wir in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß sie einen Versuch mit diesem Tee völlig kostenlos machen können! Zahlreiche Lungenkranke, denen nichts mehr zu helfen schien, hat dieser Tee gerettet. Schon nach kurzem Gebrauch tritt eine bedeutende Besserung ein. Da ein wirklicher Versuch besser überzeugt als viele Worte, so versendet die Fa. Apoth. Grundmann 20,000 Gratisproben dieses berühmten Tees an alle, die ihre genaue Adresse einsenden. Der Gratissendung wird noch eine lehrreiche illustrierte Broschüre umsonst beigegeben. Niemand, der Interesse für diesen Tee hat, darf die günstige Gelegenheit vorübergehen lassen, um seine Gesundheit wiederzuerlangen. Sie können der Wirkung dieses Tees das größte Vertrauen entgegenbringen, sonst würde die Fa. Apoth. Grundmann sicherlich keine Gratisproben versenden. Machen Sie einen Versuch, Sie werden es nicht bereuen. Ein sicherer Beweis für die Güte des Tees und der Bonbons sind ferner die Tausende von Anerkennungen und Dankschreiben von Laien und Aerzten Professoren und anderen maßgebenden Persönlichkeiten, die alle unaufgefordert eingingen.

Tausende Personen sind geheilt worden.

Proben
und illustr. Broschüren
gratis!

Apoth. Grundmann,
Berlin SW. 68,
Friedrichstrasse 207.

Proben
und illustr. Broschüren
gratis!

Reese's

Backpulver kostet **keine** 10 ₰, **sondern nur 5** ₰. Trotzdem genügt 1 Paket vollkommen zu jedem Backrezept, auch dann, wenn ein 10 ₰-Backpulver oder Hefe vorgeschrieben ist. Man lasse sich nichts vorreden, prüfe und urteile vielmehr selbst und man wird staunen über das große, lockere und nahrhafte Gebäck und nur bedauern, bisher stets unnütz das Doppelte für Backpulver ausgegeben zu haben. Auch Reeses Sparpuddingpulver steht einzig da, weil es **ohne Zuckerzusatz** delikate Puddings gibt. Und Reeses Vanillinzucker ersetzt die teure Schoten-Vanille vollkommen. **Reese Gesellschaft, Hameln.**

Gewerbl. Fortbildungsschule Dülmen.

Die Schlußfeier in der gewerblichen Fortbildungsschule findet am

Sonntag, den 12. April cr., vormittags 11¼ Uhr

im Saale des hiesigen Gesellenvereins statt, verbunden mit **Prämienverteilung.**

Die im Laufe des Schuljahres von den Schülern angefertigten Zeichnungen sind an dem gedachten Tage zur Ansicht im Saale ausgestellt.

Zur Teilnahme an der Schlußfeier werden die Eltern und Meister der Schüler, sowie Freunde und Gönner des Handwerks hiermit ergebenst eingeladen.

Dülmen, den 30. März 1908.

Namens des Kuratoriums:
Lehbrink, Bürgermeister.

Zur ersten hl. Kommunion
Gebetbücher
Kommunion-Andenken.

Grosse Auswahl. Billige Preise.

Versand nach auswärts portofrei.

B. Homann, Dülmen,

Neustrasse.

Für Erstkommunikanten
::: Gebetbücher :::

von den

einfachsten bis elegantesten Einbänden.

Kommunionandenken u. Bilder ff. polychromierte Statuen.

Eingerahmte Bilder in Stahl- u. Kupferstich.

Reiche Auswahl in Devotionalien

als

Kruzifixe, Rosenkränze und andere Kommunion-Geschenke.

Grosse Auswahl! Billigste Preise!

J. Horstmann'sche Buchhandlung,
Dülmen.

Für altes, flottes Trikotagen-, Woll-, Weiß- und Kurzwaren-Geschäft im westfälischen Industriebezirk werden für bald oder später **2 branchekundige**

kath. Verkäuferinnen

sowie **1 kath. Lehrmädchen** mit guter Schulbildung gesucht. Freie Station im Hause. Offerten unter **A. L. 256** mit Zeugnisabschriften erbeten durch die Expedition dieser Zeitung.

Zum 1. Mai oder sofort suche ein tüchtiges, selbständiges, älteres

Mädchen

gegen hohen Lohn für Küche und Hausarbeit.

Frau Fr. Fassbender,
Soest.

Ordentliches

Mädchen

in kleinen Haushalt von 3 Personen bald gesucht. **Ww. A. Böckmann,**
Elberfeld, Karlstraße 15.

Suche zum 1. oder 15. Mai ein älteres, zuverlässiges, kath.

Mädchen.

Lohn 20 Mark. Waschfrau vorhanden.
Frau H. Brelor, Gärtnerei,
Wanne, Wilhelmstraße.

Suche für Mai ein braves, fleißiges

Mädchen,

bei hohem Lohn und guter Behandlung.
Frau Gustav Bauer,
Gasthof zum Felsenmeer,
Sundwig i. W.

Ein Mädchen

für Küche und Hausarbeit, das auch teilweise in der Wirtschaft mit aushelfen muß, gesucht.
Joseph Kämper, Wirt u. Oekonom,
in Heide bei **Recklinghausen,**
Kreis Essen.

Suche zum 1. April ein durchaus braves, fleißiges, katholisches

Mädchen

für Küche und Hausarbeit.
Frau Carl Luke,
Plettenberg.

Ein properes

Mädchen

für Küche und Hausarbeit baldigst gesucht.
Frau Apotheker **Gobert,**
Elberfeld, Marienstraße 18.

Ein braves, kath.

Mädchen

für alle Hausarbeit geg. guten Lohn ges.
Josef Podbelscheck,
Kolonialwarenhandlung,
Hochheide bei Homberg a. Rh.,
Kirchstr. 103.

Tüchtiges, braves

Mädchen

für Küche und Hausarbeit zum 1. Mai gesucht.
Frau Emil Bach,
Dortmund, Wißstraße 12.

Ein braves

Mädchen

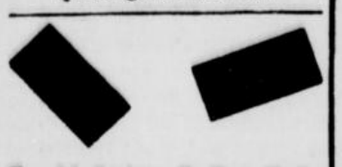
wird für Küche und Hausarbeit gegen guten Lohn gesucht.
Hotel Gerken,
Meschede.

Aerztlich empfohlen

Pepsin-Kognak

von E. & O. Schützendorf, Düsseldorf.

Ueber Wirkungen und Eigenschaften des Pepsin-Cognacs siehe diesbezügliche Prospekt. In Flaschen à Mk. 3,50, 2,75, 2.—, 1,30 und 75 Pfg. und im Ausschank in Dülmen bei **A. L. Röver,**
Hotel International.



Großbohnige Kaffee-Reste

1 Pfund 65 Pfg.

Buchthal's Kaffee-Magazin

Coesfelderstr. 2

Mitesser,

Pickel im Gesicht und am Körper, Blüten, Wimmerln, Röten, Sommersprossen, Hautjucken, Furunkel, Hautgeschwüre etc., wer daran leidet, gebrauche **Zucker's Patent-Medizinal-Seife,** D. R. P., ärztlich empfohlen und tausendfach bewährt. Preis 50 Pfg. (kleine Packung, 15% ig), und Mk. 1,50 (große Packung, 35% ig, von **stärkster** Wirkung).

Wunderbare Erfolge,

zumal bei gleichzeitiger Anwendung von **Zuckooh-Crème,** dem herrlichsten und einzigartigsten Hautcrème. Preis Mk. 2.—, Probetube 75 Pfg., sowie der nach dem gleichen Patent hergestellten, wunderbar **mild** wirkenden **Zuckooh-Seife,** Preis 50 Pfg. (Kleine Gebrauchspackung), und Mk. 1.50 (große Geschenkpackung), werden zahlreich berichtet. Jeder, der bisher vergeblich hoffte, mache einen Versuch. Für die zarte Haut der **Kinder** verwendet die denkende Mutter **Bitumoor-Kinder-Seife,** D. R. P., Preis 50 Pfg. und **Bitumoor-Kinder-Crème,** Preis 40 Pfg., Doppeldose 70 Pfg., das Beste, Edelste und Reinste für die kindliche Haut. **Ueberall zu haben.** Wo nicht, direkter Versand durch **L. Zucker & Co., Berlin,** Potsdamerstr. 73.

In Dülmen echt bei: Friedrich Simons, Drogenhandlung.

Schön

sind alle, die ein zartes, reines **Gesicht ohne Sommersprossen** u. **Hautunreinigkeiten** haben, daher gebrauchen Sie nur:

Steckenpf.-Lilienmilch-Seife

à St. 50 Pfg. bei **H. Krampe, Friedr. Simons, B. Homann.**

Mobiliar-Verkauf

Am **Dienstag, d. 7. April** (Markttag), **vorm. 9½ Uhr** anfangend werde ich an meiner Wohnung (auf dem Hofe) verziehungshalber

2 Glasschränke, 1 2tür. Kleiderschrank, 2 Bettladen, 1 Matratze, 2 compl. Betten, 2 Oefen mit Rohre, 1 Kochmaschine, 1 Nähmaschine, 6 Tische, ca. 1 Dtzd. Stühle 1 Kommode, 1 Rollkommode, 1 Aurichte, 1 Ladenreal, 1 Handwagen, 1 Kinderwagen, 4 Spotrwagen 1 Hobelbank, Bänke und dergl. mehr meistbietend gegen Kredit verkaufen.

Dülmen, 1. April 1908.

Bödiger.

Bekanntmachung.

Die Gewerbesteuerrolle der Gemeinde **Stadt Dülmen** für das Rechnungsjahr 1908 liegt gemäß Artikel 40 Nr. 3 des Gewerbesteuer-Gesetzes

vom 6. April cr. an

eine Woche lang im Geschäftszimmer der Kämmereikasse hierselbst zur Einsicht der Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks offen.

Dülmen, den 1. April 1908.

Der Bürgermeister:
Lehbrink.

80 Prozent

verdienen Hausierer, auch **Frauen,** welche meinen patentierten in jedem Hause unentbehrlichen 20 Pfg.-Maßeartikel verkaufen. 3 Dutzend **wiegen** nur 200 Gramm. Offerten unter **„Reuheit"** befördert die Geschäftsstelle dies. Ztg.

Holländisches Kleehen

gut und billig zu haben bei

H. Alberts,
Fouragehandel, **Stedum** (Holland.)

Per bald ein zuverlässiger, kath.

Fuhrknecht

gegen guten Lohn gesucht.
C. Luckey, Kartoffelgeschäft,
Bottrop.

Kutscher

gesetzten Alters mit gutem Zeugnis, im Rechnen und Schreiben bewandert, per bald gesucht.
Gustav Thomas, Iserlohn,
Senf und Mineralwasser.

1 Schreinerlehrling

sofort oder später gesucht.
Gerh. Holters, Schreinermeister,
Essen-West, Niederfeldstr. 23.

Sohn

ordentlicher Eltern sofort oder zu Ostern in die Lehre gesucht.
Johann Haag,
Stellmacher und Wagenbauer,
Buer i. W., Brinkgarten 24.

Suche auf sofort oder zum 15. April einen 15—16 Jahre alten

Jungen

zum Milchfahren und etwas Landwirtschaft. Guter Lohn und Behandlung werden zugesichert.
H. Kampschulte jr.,
Schwelm.

Sohn achtbarer kath. Eltern als

Friseurlehrling

gesucht.
Theo Weimann,
Friseur,
Bergeborbeck, Whönirstr. 174.

Sohn

gut katholischer Eltern sofort oder zu Ostern in die Lehre gesucht.
Peter Langweg, Schreinermeister,
Buer i. W., Wandesweg 6.

Ein jüngerer

Gehülfe

sofort gesucht. Daselbst wird auch sofort oder Ostern ein

Sohn

achtbarer Eltern in die Lehre gesucht.
Wilh. Olfmann,
Sattler, Polsterer und Dekorateur,
Recklinghausen-Süd,
Bochumerstraße Nr. 126.

Es finden noch Aufnahme

ein Schlosserlehrling
und
ein Schmiedelehrling.

Uwe. M. Pendix.

Hausbursche.

Suche per sofort einen kräftigen, braven, jungen Mann, 16—20 Jahre alt, für Lager und Hausarbeit bei gutem Lohn und durchaus guter Behandlung.

Spezial-Kaffee-, Butter- und Delikatessengeschäft
Gustav Booker,
Hagen, Frankfurterstraße 95.

Auf sofort oder später ein junger, tüchtiger

Bäckergeselle

auf Tagesarbeit bei gutem Lohn gesucht.
Carl Cramer, Warstein.

Gesucht wird sofort ein ordentlicher

Bäckergeselle.

Karl Figge, Menden.

Junger kathol.

Bäckergeselle

gesucht. **Hermann Iserloh,**
Gelsenkirchen, Neustr. 30.

Ein tüchtiger, zuverlässiger, kathol.

Bäckergehülfe

der auch etwas Konditorei versteht, gegen hohen Lohn und dauernde Stellung per sofort oder später gesucht.
H. Volmer gnt. Töns,
Herten i. W.

Zwei tüchtige

Schneidergesellen

gesucht.
J. Heeck, Caternberg,
Kirchstraße 33.

Schneidergesellen ges.

J. Bitzer, Essen-West,
Ehrenzellerstr. 48.

Junger

Schneidergeselle

sofort gesucht. **Heinr. Nolden,**
Essen-West, Altendorferstr. 357.

Ein junger

Schneidergeselle,

gegen guten Lohn auf dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Th. Bombeck,
Bottrop, Heimannstraße 27.

Nr. 42. — 35. Jahrgang.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Libertusblatt.

Dienstag, 7. April 1908.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1,20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk.

Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Reklamen kosten in Textspaltenbreite 50 Pfg. die Zeile.

Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.

Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Expedition: J. Horstmann'sche Buchhdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 29.

Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.

Druck von Breer & Thiemann, Hamm.

Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen; für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Zweites Blatt.

Deutscher Reichstag.

130. Sitzung vom 3. April.

Vereinsgesetz.

§ 3 bestimmt, daß **politische Versammlungen** mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung bei der Polizei **anzumelden** sind. Die Kommission hat als § 3a neueingefügt, daß von der Anzeigepflicht befreit sind: 1. Versammlungen, die öffentlich bekannt gemacht worden sind, 2. Wahlversammlungen während der Wahlbewegung, 3. Versammlungen von Gewerbetreibenden, Arbeitern usw. zur Erörterung von Verabredungen und Vereinigungen zwecks Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere bei Streiks und Aussperrungen.

Abg. **Trimborn** (Z.) beantragt, die Bestimmung zu 3 wie folgt zu fassen: „Als Erörterung politischer Angelegenheiten gilt es **nicht**, wenn in Versammlungen von Angehörigen eines bestimmten **Berufs** oder **Standes** ausschließlich Angelegenheiten dieses Berufes oder Standes erörtert werden, auch dann nicht, wenn hierdurch eine Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung bezweckt wird. Als Erörterung politischer Angelegenheiten gilt es insbesondere nicht, wenn in Versammlungen von den im § 152 der Gewerbeordnung genannten Personenkreisen ausschließlich die dort bezeichneten Zwecke erörtert werden". Ferner beantragt er einen neuen Absatz hinzuzufügen, wonach von der Anzeigepflicht auch entbunden sein sollen: „Zusammenkünfte von geschlossenen Personenvereinigungen aller Art, zu denen die Teilnehmer persönlich eingeladen sind." Für den Fall der Ablehnung dieses letzteren Antrages soll bestimmt werden, daß Vereinsversammlungen, zu welchen nur Mitglieder Zutritt haben, auch dann nicht als öffentlich gelten, also von der Anzeigepflicht befreit sein sollen, wenn sie in öffentlichen Lokalen stattfinden.

Abg. **Brandys** (Pole(beantragt, daß unter § 3 nur solche Versammlungen fallen sollen, zu denen auf öffentliche Einladung jedermann Zutritt hat. — Abg. **Albrecht** (Soz.) beantragt, als öffentliche Versammlung nur solche gelten zulassen, zu denen „jeder Beliebige Zutritt hat"; die Anmeldefrist soll auf 6 Stunden ermäßigt werden.

Abg. **Trimborn** (Zentr.): Was meine Freunde zunächst veranlaßt hat, unseren Antrag einzubringen, ist der Umstand, daß nur die **gewerblichen Koalitionsversammlungen** von der Anzeigepflicht befreit sein sollen; wir sind der Meinung, daß diese Vorzugsstellung auch zu Teil werden muß den Koalitionsversammlungen **aller anderen Berufsstände**, der ländlichen Arbeitgeber und Arbeiter, der Beamten usw. Es ist in der Kommission nicht die Spur einer Begründung vorgebracht, warum man allen diesen Versammlungen nicht dieselbe Wohltat erweisen will. Unser zweiter Antrag will einem anderen Mangel begegnen. Ob eine Versammlung eine öffentliche oder nicht öffentliche ist, für diese Fragen kommen nach den Motiven folgende Gesichtspunkte in Betracht: Es ist zu erwägen, ob die Zahl der Mitglieder eine besonders große oder weniger große ist, es kommt in Betracht, ob der Erwerb oder Verlust der Mitgliedschaft an schwere oder leichte Bedingungen geknüpft sind. Sie sehen, es ist hier eine so große Menge von **Kautschuckbestimmungen** zusammengetragen, daß man nicht eindringlich genug vor der Annahme des Kommissionsbeschlusses warnen kann. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich muß der Kommission den Vorwurf machen, daß sie trotz unserer Warnungen nicht nach dem Rechten gesehen hat. Eine sehr gefährliche Konsequenz ist die Zulässigkeit der Auflösung einer Vereinsversammlung, sobald sie sich in ihren Verhandlungen auf das Gebiet der Politik begiebt; das ist eine außerordentlich gefährliche Bestimmung, besonders für die **Parteiorganisationen**. Wir haben zahlreiche Parteiorganisationen, die man nicht gerade als einen geschlossenen Verein bezeichnen kann. Die Versammlungen aller Parteiorganisationen stehen in äußerster Gefahr, für politisch erklärt und dadurch der Anzeigepflicht und der Ueberwachung unterworfen zu werden. (Hört, hört!) Die Mitglieder aller Parteien können es nicht verantworten, wenn sie diese Bestimmung annehmen. Ich kann Sie nur dringend bitten, unseren Antrag anzunehmen. Wenn unser Antrag angenommen wird, dann unterliegen die Parteiorganisationen nicht der Anzeigepflicht, nicht der Ueberwachung. Wenn Sie aber unseren Antrag ablehnen sollten, dann haben wir uns auf einen Eventualantrag zurückgezogen, der einem Antrag des Abg. Müller-Meiningen aus der ersten Beratung voll und ganz entspricht. Die in diesem Antrag enthaltene Forderung ist ein Minimum so bescheidener Art, daß man sich wundern muß, daß der Abg. Müller-Meiningen und seine Freunde nicht einmal den Mut gehabt haben, diese bescheidene Forderung unter allen Umständen zu vertreten. (Sehr richtig!) Ueberlegen Sie sich noch einmal, ob Sie diese von mir dargelegten großen Mängel bestehen lassen wollen oder nicht. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. **Hildenbrandt** (Soz.) begründet den Antrag Albrecht. Einer polizeilichen Ueberwachung von Versammlungen bedarf es überhaupt nicht; in Hessen ist es doch ohne solche auch gegangen! Glaubt man aber, ohne eine Ueberwachung nicht auskommen zu können, so setze man wenigstens die Anmeldepflicht auf ein erträgliches Maß, also, wie wir beantragen, auf 6 Stunden herab.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg**: Ich glaube, die Herren Vorredner haben sich in ihrem Eifer, schwarz zu malen, viel zu weit hinreißen lassen; sie sehen Gespenster, wo gar keine sind. Der § 3 bringt gegenüber dem jetzigen Rechtszustande eine weitgehende Liberalisierung, und gar der neue § 3a schafft so viele Ausnahmen von der Anzeigepflicht, daß ich den Widerstand gegen diese Vorschriften wirklich nicht verstehe. Die Auflösung der Versammlung, die früher die Folge der Unterlassung der Anzeige war, ist weggefallen; es handelt sich lediglich um eine äußere, leicht zu erfüllende Formalität. Der Versuch, durch Interpretationsbestimmungen im Gesetz selbst eine scharfe Grenze zwischen öffentlichen und zwischen privaten Vereinsversammlungen zu schaffen, ist gesetzestechnisch, wie die Kommissionsverhandlungen gezeigt haben, aussichtslos; es wird immer eine Grenze geben, wo eine Vereinsversammlung in eine öffentliche übergeht. Man kann eben in solchen Fragen gewisse „Kautschukbestimmungen" nicht entbehren.

Abg. **Dziembowsky** (Pole) bittet um Annahme des polnischen Antrages, der eine scharfe und klare Grenzlinie zwischen privaten und öffentlichen Versammlungen bringe.

Abg. **v. Müller-Meiningen** (fr. Vp.): Die §§ 3 und 3a bringen gegenüber dem bestehenden Rechtszustande ganz bedeutende Vorbesteuerungen (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Natürlich, Sie (zu den Sozialdemokraten) dürfen das nicht zugeben, denn das würde ja Ihrer ganzen Taktik widersprechen. Das ist eben die wirksamste Waffe, die Sie (z. b. Soz.) in diesem Kampfe draußen im Lande gegen uns haben: die namenlose Unwissenheit der Massen in diesen Fragen (Demonstrativer Beifall beim Block, lautes Gelächter im Zentrum und bei den Sozialdemokraten). Ich möchte an den Herrn Staatssekretär eine Frage richten. Nach § 3a bestimmt die Landeszentralbehörde, in welcher Weise die von der Anzeigepflicht zu befreienden Versammlungen angekündigt werden sollen. Es besteht nun die Befürchtung, daß diese Befugnis in dem Sinne mißbraucht werden könnte, daß für solche Ankündigungen die **Amtsblätter** oder Blätter einer bestimmten politischen Richtung vorgeschrieben werden. Ich würde dem Herrn Staatssekretär dankbar sein, wenn er die Erklärung abgeben wollte, daß diese Befürchtung unbegründet ist.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg**: Die Anzeige einer öffentlichen Versammlung durch öffentliche Bekanntmachung muß selbstverständlich so gehalten werden, daß die Polizei bei vernünftiger Aufmerksamkeit rechtzeitig die nötige Kenntnis vom Stattfinden der Versammlung erlangen kann. Erfordernisse, die über die Erreichung dieses Zweckes hinausgehen, sollen an die Form der öffentlichen Bekanntmachung nicht geknüpft werden. Darum liegt es nicht im Sinne des Entwurfs, wenn lediglich amtliche Publikationsorgane von der Behörde als geeignet angesehen werden und ebensowenig durch die politische Richtung einer Zeitung maßgebend sein.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird in namentlicher Abstimmung bei 2 Stimmenthaltungen mit 195 gegen 170 Stimmen angenommen.

§ 3 wird hierauf unter **Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge** angenommen, ebenso § 3a. Die Anträge **Trimborn** (Zentrum) zu § 3a werden in namentlicher Abstimmung mit 196 bezw. 198 gegen 171 Stimmen abgelehnt.

§ 4 handelt von öffentlichen Versammlungen **unter freiem Himmel** und **Aufzügen auf öffentlichen Straßen**; sie bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde und müssen 24 Stunden vorher angezeigt werden. Die Kommission hat einen neuen § 4a und 4b eingefügt, welche bestimmen, 1. daß eine Versammlung, die in einem geschlossenen Raume veranstaltet wird, nicht schon deshalb als eine Versammlung unter freiem Himmel anzusehen ist, weil außerhalb des Versammlungsraumes befindliche Personen an der Erörterung teilnehmen; 2. daß die Landeszentralbehörde das Recht hat, zu bestimmen, daß und unter welchen Voraussetzungen die Genehmigung durch Anzeige und öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann.

Abg. **Trimborn** (Zentrum) beantragt einen § 4c, nach welchem es, soweit einzelne Landesgesetzgebungen für politische Vereine eine Verpflichtung zur Einreichung der Satzungen und der Vorstandsmitgliederliste oder die Verpflichtung zur Anzeige von politischen Versammlungen oder von Versammlungen und Aufzügen im Sinne des § 4 nicht kennen, es in diesen Bundesstaaten bei dem bestehenden Recht verbleiben soll.

Ein Antrag **Brandys** (Pole) bestimmt weitere Erleichterungen für öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel.

Abg. **Hildenbrand** (Soz.) begründet einen Antrag, daß Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge keinen polizeilichen Beschränkungen unterliegen sollen. Wir müssen das fordern, weil es infolge der Saalabtreibereien ohnehin schon schwierig ist, eine Versammlung abzuhalten. Werden nun noch Versammlungen allerhand polizeilichen Beschränkungen unterworfen, dann wird die Polizei ohne Mühe irgend einen Vorwand finden, um Versammlungen unter freiem Himmel zu verhindern.

Abg. **Kohl** (Z.) begründet einen Antrag, dem § 4a hinzuzufügen: „oder weil die Versammlungen in einem mit dem Versammlungsraum zusammenhängenden umfriedigten Hof oder Garten stattfindet."

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** erwidert, daß die vom Abg. Kohl erwähnten Versammlungen nicht der Vorschrift des § 4 unterliegen, es sei denn, daß der Verdacht bestehe, daß die Bestimmungen des § 4 umgangen werden sollten. Die Fassung der Kommission sei vollkommen ausreichend.

Abg. **Kulerski** (Pole) empfiehlt den Antrag der Polen.

Die §§ 4, 4a, 4b werden unter Ablehnung aller Abänderungsanträge **angenommen.**

Abg. **Zehnter** (Z.) begründet den Antrag Trimborn, wonach die in Einzelstaaten bestehenden freiheitlichen Bestimmungen über Versammlungen unter freiem Himmel bestehen bleiben.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** bittet um Ablehnung des Antrages. Es handle sich darum, ein einheitliches Vereins- und Versammlungsrecht zu schaffen, und diesem höheren Ziele zu Liebe müßten Einzelstaaten Opfer bringen. Der Antrag sei für die Regierung unannehmbar.

Abg. **Köhler** (Wirtsch. Vgg.) bittet, trotzdem den Antrag anzunehmen. (Lebhaftes Bravo im Zentr.)

Vizepräsident **Kaempf**: Es ist ein Antrag auf Schluß der Diskussion eingegangen. (Große Unruhe.)

Abg. **Gröber** (Z.) beantragt namentliche Abstimmung. Der Schlußantrag wird abgelehnt, da viele Freisinnige dagegen stimmen.

Abg. **Heine** (Soz.): Vierzig Jahre lang hat die Regierung die rückständige Buntscheckigkeit des Vereinsrechts ruhig bestehen lassen; jetzt, wo sie der Liberalismus soweit hat, daß er sogar ein solches Gesetz als ein freiheitliches hinnimmt, weil er es für andere Zwecke braucht, (Unruhe und Lärmen im Block) jetzt verbietet ihr der Einheitsdrang, freiheitlichere Zustände, die bisher bestanden, aufrecht zu erhalten. Es besteht die dringende Gefahr, daß, wenn der vorliegende Entwurf Gesetz wird, die süddeutsche Praxis und Rechtsprechung verdorben wird.

Bayrischer Bundesratsbevollmächtigter Graf Lerchenfeld erklärt im Namen seiner Regierung und anderer süddeutscher Staaten, daß sie auf dem **Boden des Entwurfs** ständen. (Lebhafter Beifall beim Block. — Zischen bei den anderen Parteien.)

Abg. **Osann** (ntl.) betonte, für den Zentrumsantrag als einziger seiner Partei stimmen zu wollen.

Abg. Dr. **Schaedler** (Zentrum): Respekt vor dem Kollegen Osann! (Abg. Dr. Osann ruft: Ich verzichte!) Ob Sie verzichten oder nicht, das ist mir ganz einerlei. (Heiterkeit.) Aber wo bleiben denn die anderen hessischen Herren? (Heiterkeit.) Der Staatssekretär hat gegenüber dem Kollegen Zehnter so sehr die Einheit betont, **über die Einheit geht aber die Freiheit.** (Lebh. Sehr richtig! im Zentrum.) Besonders bedauere ich, daß der bayerische Bundesratsbevollmächtigte Veranlassung genommen hat, für dieses Vereinsgesetz einzutreten. Er hat wenigstens zugegeben, daß die Vorlage in einigen Punkten den Wünschen seiner Regierung nicht entsprochen habe. Es wäre interessant zu erfahren, welches diese Punkte sind (Sehr richtig!) und ob die bayerische Regierung diese Wünsche im Bundesrat geltend gemacht hat und welchen Erfolg sie gehabt hat. Die bayerische Kammer hat diese Vorlage einstimmig verurteilt. (Lebh. Hört, hört!) Die bayerische Regierung hat in der Kammer erklärt, sie habe für die Vorlage gestimmt, weil sie an dem Paragraphen 7 kein Interesse habe. Das ist kein plausibler und praktischer Grund. Bei uns in Bayern wird durch die Bahnbauten die Zahl der ausländischen Arbeiter immer größer, und es wird die Zeit kommen, wo der Paragraph 7 für Bayern von Bedeutung sein wird.

Der bayerische Bundesratsbevollmächtigte hat diese Vorlage als einen freiheitlichen Fortschritt bezeichnet **Unser bayerisches Vereinsrecht ist gerade nicht das beste, aber besser als diese Vorlage ist es doch.** (Sehr richtig!) Bei dieser Vorlage müssen die Forderungen des Volkes berücksichtigt werden und nicht Forderungen der Regierung, und darum bedauere ich lebhaft die Erklärung des Grafen Lerchenfeld. (Stürmisches, anhaltendes Bravo! im Zentrum.)

Nachdem noch der bayrische und württembergische Bundesratsbevollmächtigter sowie der Abg. Hieber (ntl.) sich ganz entschieden gegen den Antrag Trimborn ausgesprochen haben, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag Trimborn wird in namentlicher Abstimmung bei 5 Stimmenthaltungen mit 192 gegen 177 Stimmen abgelehnt.

§ 5 betr. die Veranstalter und Leiter politischer und öffentlicher Versammlungen wird angenommen.

§ 6, der das Waffentragen in Versammlungen und bei Aufzügen verbietet, wurde ebenfalls angenommen.

Weiterberatung Samstag 11 Uhr. Schluß 7½ Uhr.

140. Sitzung vom 4. April.

Zweite Beratung des Vereinsgesetzes. § 7.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird eine Resolution der Elsässer betr. Zulassung der französischen Sprache in den deutsch-französischen Grenzbezirken als Versammlungssprache entsprechend einem Vorschlage des Präsidenten im Zusammenhange mit dem § 7 beraten.

Vor Eintritt in die Beratung erklärt Geheimrat **Niedler**, daß die gestern vom badischen Bundesratsbevollmächtigten abgegebene Erklärung unter Zustimmung der badischen Regierung abgegeben sei. Sie entspreche auch der in der badischen Kammer z. Zt. abgegebenen Regierungserklärung.

Fürst **Radziwill** (Pole) beklagt sich über die Kürze des Kommissionsberichtes, welche dem ganzen Charakter der Blockpolitik eigen sei und die nur dazu beitrage, daß sich die Gegensätze immer mehr verschärften. **Der Block trage den Keim des Todes in sich** (Zustimmung, Widerspruch), weil er der christlichen Auffassung nicht Rechnung trage. (Sehr richtig!) Eine 20jährige Karenzzeit sei nicht anders zu erklären, als daß das Bedürfnis zum Gebrauch der Muttersprache von der Mehrheitspartei und von der Regierung anerkannt werde. (Sehr richtig!) Demzufolge müsse erst bewiesen werden, daß die Gründe hierfür nach zwanzig Jahren nicht mehr maßgebend seien. Der Staat habe nicht Nationen zu unterdrücken, er habe die christliche Weltanschauung zu wahren, und gegen diese sei der § 7 ein **Faustschlag.** Man wolle eine Nation unterdrücken, die zu den Kulturnationen gehört. Mit welchem Recht wolle man den Polen nehmen, was den Masuren, Littauern und Welfen gewährt werde. **Man mache sich geradezu lächerlich.** (Der Präsident macht den Redner auf das Ungehörige dieses Ausdrucks aufmerksam.) Die preußischen Könige hätten den Polen versprochen, ihre nationalen Gefühle und ihre Muttersprache zu achten. Nun suchen Sie (zur Rechten) mit Hülfe einer Partei, die sich liberal nennt, die Polen zu unterdrücken und sie ihres heiligsten Rechts, des Rechts auf die Muttersprache, zu berauben. Die Regierung wird an diesem Gesetz keine Freude erleben. (Stürmischer Beifall bei den Minderheitsparteien.)

□ Schloß Neuenhof.

Roman von **Irene v. Hellmuth.**

12] —o— (Nachdr. verb.)

XIV.

Nina hatte sich eingeschlossen. Sie wollte weder essen noch trinken. Selbst ihrem Gatten, den Eberhard telegraphisch herbeigerufen, öffnete sie ihre Türe nicht. Sie wolle allein sein, erwiderte sie auf alle Bitten, es sei ihr unmöglich, jemanden zu sehen, sie müsse erst mit sich selbst fertig werden.

Graf Arnold ging wie ein Verzweifelter umher, und als ihm am anderen Morgen Ninas Zofe, die einen großen Koffer trug, auf der Treppe begegnete, verdoppelte sich seine Angst.

„Was wollen Sie mit dem Koffer?" fragte er ahnungsvoll.

„Die gnädige Frau befahl mir, zu packen," lautete die Antwort.

„Will meine Frau denn verreisen?"

„Ja, gnädiger Herr, noch heute."

„Und — wohin?"

„Nach Reutlingen."

„Wird meine Gemahlin die Kinder mitnehmen?"

„Nein. Mir ist nur befohlen, die Wäsche und Garderobe der gnädigen Frau einzupacken, sonst nichts."

Der Graf war furchtbar erregt. Er wußte, wenn Nina ganz allein in Reutlingen saß, jetzt, um diese Jahreszeit, so mußte sie sich verzehren vor Sehnsucht und Langeweile. Dennoch wagte er nicht, sie zurückzuhalten, denn er fürchtete, daß sie kaum auf ihn hören würde, und schließlich hoffte er, sie werde sich am ehesten wieder zurechtfinden, wenn sie sich selbst überlassen blieb.

* * *

Das alte Herrenhaus von Reutlingen lag ziemlich fern von allem Verkehr, umgeben von uralten Buchen- und Tannenwäldern, auf einer kleinen Anhöhe. Es war ein altertümliches Gebäude, mit hallenden Gängen und einer Anzahl großer Gemächer, die alle bis zur halben Höhe Holztäfelung zeigten.

Die zu dem Gut gehörigen Felder und Wiesen waren verpachtet und lieferten guten Ertrag. Nina kam selten dahin. Nur wenn Arnold seine alljährliche Umschau auf dem Gute hielt, weilte auch Nina acht bis zehn Tage dort. — —

In Neuenhof ging es recht still her. Der Winter hatte frühzeitig mit Eis und Schnee eingesetzt. Die Erde lag verhüllt und schlummerte unter der weißen Decke. Die beiden kleinen Kinder schlichen betrübt einher. Sie vermißten die Mama doch allzusehr. Denn niemand konnte so schöne Märchen erzählen wie sie, und wenn sie nun jetzt baten: „Lieber Papa, erzähle uns doch etwas vom Knecht Rupprecht und vom lieben Christkind", dann erklärte er jedesmal mit finsterem Gesicht: „Ich weiß nichts, — laßt mich in Ruhe," und wenn sie fragten: „Kommt denn die Mama noch nicht bald wieder?" dann erhielten sie meist gar keine Antwort. Der Graf ging ihnen überhaupt gern aus dem Wege, denn ihre ungestümen Fragen nach Mama taten ihm weh.

„Nun wird es bald Weihnacht," hörte er öfters sagen.

„Ja, nun wird es bald Weihnacht," nickte dann Hella traurig, „aber wenn Mama nicht kommt, gefällt mir der ganze Christbaum nicht. Ich will auch gar nichts geschenkt haben, nur die Mama will ich wieder. Die Puppen und die anderen Spielsachen mag das Christkind nur behalten, wenn es mir meine Mama nicht bringen kann."

Als sie an einem der folgenden Abende alle ihre kleinen Kindergebete gesprochen hatte, da fügte sie mit Tränen in den Augen hinzu: „Lieber Gott, bitte, — bitte, schick mir die Mama, ich habe sie doch so lieb!" Der Graf hatte Mühe, bei dem innigen Herzenston des Kindes seine Rührung zu verbergen. Eilig stürzte er fort. In der darauf folgenden, schlaflos verbrachten Nacht reifte in ihm ein Entschluß; denn er fühlte, daß es so nicht weiter gehen konnte.

Er schrieb an die Pächtersleute nach Reutlingen, sie möchten heimlich alles vorbereiten, er werde mit den Kindern zum Weihnachtsfeste eintreffen. Man solle einen Christbaum nebst allem was dazu gehöre, besorgen, er wolle jedoch seine Frau überraschen, deshalb dürfe die Gräfin vorher nichts erfahren."

Zwei Tage vor Weihnachten rüstete er auch wirklich zur Abreise. Hella klatschte vor Vergnügen in die Hände, als der Papa sie fragte: „Wollen wir zur Mama fahren und sie uns wieder holen?"

Das Kind sah reizend aus in dem mit weißem Pelz verbrämten Mäntelchen und Mützchen, unter dem das lockige Haar in reicher Fülle hervorquoll, mit dem vor Freude und Lust glühenden Gesichtchen, in dem die hellen Augen nur so funkelten.

Graf Arnold hob das elfengleiche, zarte Geschöpf in den bereitstehenden Schlitten, der sie zur Bahn bringen sollte, setzte seinen zappelnden Jungen daneben, schwang sich selbst hinein, und unter lustigem Schellengeklingel flog das elegante Gefährt dahin wie der Wind. Die Kinder jauchzten vor Vergnügen, wenn der Kutscher die feurigen Pferde mit Peitschenknallen zu immer rascherem Laufe antrieb.

Im Eisenbahnwagen drückten die munteren Kleinen die Näschen platt an die leicht vom Frost angehauchten Scheiben und fragten wohl hundertmal: „Sind wir nun bald bei Mama?"

Mit großen, erstaunten Augen betrachteten sie die vorüberhuschenden Landschaftsbilder, die schneebedeckten Wälder, die eisüberzogenen Flüsse und Bäche. Alles war ihnen neu, und besonders Hella hatte tausend Fragen zu stellen. Das liebliche Kind erregte die Aufmerksamkeit der Mitreisenden, so daß öfters die Worte laut wurden: „Welch reizendes, herziges, kleines Ding."

Mancher Blick ruhte wohlgefällig und lächelnd auf dem von freudiger Erwartung geröteten Gesicht. Je tiefer man hineinfuhr in die dunklen Wälder, desto mehr häuften sich die Schneemassen.

Endlich kam die ersehnte Station. Ein hübscher Schlitten stand vor dem Bahnhofsgebäude. Die Pächterin hatte fürsorglich warme Decken hineingelegt, und wieder ging es mit „Hü" und „Hott" dahin wie die wilde Jagd.

Graf Arnold war mit den Kindern im Pachthofe abgestiegen, der etwa zehn Minuten vom Herrenhause entfernt lag. Die Pächterin, eine rundliche, gutmütige Frau empfing die Reisenden mit herzlichen, freundlichen Worten und tiefen Knixen. Sie hatte ihr bestes Zimmer hergerichtet und für die Kleinen Bratäpfel und geröstete Kastanien bereit gestellt, was mit lautem Jubel begrüßt wurde.

Es war keine kleine Aufgabe, die lebhaften Kinder auf dem Pachthofe festzuhalten, beson-

Abg. **Puttlitz** (kons.) erklärt, seine Partei werde dem § 7 zustimmen. Die Staatsautorität müsse gesichert werden. (Gelächter.) Die Masuren, Littauer und Welfen würden nicht mehr wie die Polen in ihren berechtigten Nationaleigentümlichkeiten geschützt. Seiner Partei gehe der § 7 nicht weit genug. (Gelächter.) Wenn die Regierung sich mit demselben einverstanden erkläre, so erhalte die Linke den Löwenanteil. Es ist bedauerlich, daß Sie (zur Linken) nicht mehr Entgegenkommen gezeigt haben. (Stürmisches Gelächter und Widerspruch bei der Minderheit.)

Abg. **Dr. Spahn** (Zentr.): Abg. Dr. Hieber hat am Schlusse seiner gestrigen Rede gesagt, das deutsche Volk sei sich klar darüber, daß man auf falschem Wege sei, wenn Zentrum und Sozialdemokraten sich zusammentun, um das deutsche Volk mit Freiheit zu beschenken. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Herr Dr. Hieber ist Vorsitzender der Kommission für diesen Gesetzentwurf, und die Kommission besteht an sich noch weiter. Da nun immerhin die Möglichkeit gegeben ist, daß inzwischen Teile des Gesetzes an sie zurückverwiesen werden können, sollte der Vorsitzende einer Kommission, an den doch jeden Augenblick die Möglichkeit herantreten kann, seines Amtes zu walten, das ihn verpflichtet, allen Mitgliedern der Kommission mit **ruhiger Objektivität** gegenüberzutreten, doch solcher scharfer Ausfälle gegen einzelne Parteien des Hauses sich enthalten. (Sehr richtig! und lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Ich bin der Meinung, gerade ein Angehöriger der **liberalen Parteien** habe in diesem Falle absolut keinen Anlaß, mit Steinen zu werfen, denn sie selbst **sitzen sehr stark im Glashause.** Die liberalen Parteien werden sich doch darüber keiner Täuschung hingeben, daß sie die **liberalen Anschauungen,** die sie seit 1848 in bezug auf Vereins- und Versammlungsrecht, in bezug auf die Gleichheit jedes Staatsangehörigen vor dem Gesetz vertreten haben, mit ihrer Zustimmung zu § 7 **preisgegeben** haben. (Sehr richtig! und lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Die Freiheit des Versammlungsrechtes ist ein Fundamentalsatz unserer Verfassungsurkunde. Nun schließt aber die Freiheit des Versammlungsrechtes die Vorbedingung in sich, daß in Versammlungen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, in einer Sprache geredet werden darf, die **von Mensch zu Mensch verstanden wird.** (Sehr richtig! und Zustimmung im Zentrum.) Es ist doch geradezu eine Widersinnigkeit, auf der einen Seite von der Freiheit des Versammlungsrechtes zu sprechen und auf der anderen Seite anzuordnen, daß man in einer Versammlung in einer Sprache reden soll, welche diejenigen gar nicht verstehen, auf die man einwirken will. Der Staatssekretär hat in der Kommission gegenüber dem Fundamentalsatz, daß das Recht auf die **Muttersprache** ein **Naturrecht** ist, den Einwand vorgebracht, es gebe kein festumschriebenes Recht, das die Sprachenfreiheit garantiere. Es gibt sehr viele Rechtssätze, die wir uns in unserer Rechtsanschauung zur Richtschnur nehmen, ohne daß sie geschrieben sind (sehr richtig!), und deshalb ist der Satz unrichtig, daß die Sprachenfreiheit ein festumschriebenes Recht voraussetze. Für Preußen ergibt sich aus der Bestimmung der preußischen Verfassungsurkunde, wonach jeder Preuße das Recht hat, seine Meinung frei zu äußern, nach dem schon erwähnten Urteil des Oberverwaltungsgerichts ohne weiteres, daß man seine Meinung in der Muttersprache äußern darf. Der berühmte Staatslehrer v. Roenne, der als nationalliberales Mitglied dem Norddeutschen Bundestag angehörte, hat den Ausspruch getan, daß das Recht der **Muttersprache als Menschenrecht** zu betrachten sei. Ich möchte im Anschluß hieran den Staatssekretär, der sich wohl auch viel mit Philosophie beschäftigt, darauf aufmerksam machen, daß der jüngere Fichte aus dem Geselligkeitstriebe der Menschen die Sprachenfreiheit als ein dem Menschen angeborenes Recht abgeleitet hat. Aber auch vom Standpunkte des Nationalitätsprinzips muß die Sprachenfreiheit verlangt werden. Man darf einer Nation, die als Glied einem Staate angehört, nicht das wichtigste Mittel abschneiden, das sie hat, um ihre Kultur zu fördern und das wichtigste für diesen Zweck ist unstreitig die Sprache. (Lebhafter Beifall.) — Die Sprache hat im vorliegenden Falle noch eine hochpolitische Bedeutung. **Ehe der Block begründet wurde, hat es der Bundesrat nicht gewagt, mit einem solchen Ansinnen an den Reichstag heranzutreten.** (Stürmischer Beifall im Zentrum und bei den Polen. Früher hat der Reichstag solche oder ähnliche Zumutungen stets mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen. Er hat es insbesondere abgelehnt, irgendwie das Recht der Muttersprache zu beschränken, wie sich aus der Regelung der Sprachenfrage im BGB. ergibt. (Mit erhobener Stimme): **Der Reichstag verläßt hiermit zum erstenmale den Standpunkt, den er Jahrzehnte hindurch innegehalten hat.** (Lebhafter Beifall im Zentrum und bei den Polen.) Man sagt, das Deutschtum befinde sich gegenüber dem Polentum in einer Art Notwehr. Ich habe diese Auffassung nicht. Aber selbst angenommen, sie wäre richtig, so gibt die Notwehr kein Recht, einem anderen seine klarsten und selbstverständlichsten Rechte wegzunehmen, und das um so weniger, als, wie die Geschichte lehrt, von der Sprachenfrage die Existenz eines Staates in keiner Weise berührt wird. (Zustimmung.) Der Staatssekretär hat in der Kommission eine Rücksichtnahme auf eine etwaige **Wirkung des Sprachenparagraphen im Auslande** abgelehnt. Ich stehe mit ihm auf dem Standpunkte, daß wir nicht dulden dürfen, daß das Ausland sich in unsere inneren Angelegenheiten einmischt. (Beifall.) Aber das schließt doch nicht aus, daß wir in Erwägung ziehen, **welche** Wirkungen innerpolitische Maßnahmen **auf das Deutschtum im Auslande ausüben können, und da wollen wir doch nicht vergessen, daß fast ein** Drittel der **deutschen Bevölkerung seinen Wohnsitz im Ausland hat. Diese im Auslande wohnenden Deutschen haben das lebhafteste Interesse daran, daß Deutschland sich nicht des Rechtes begibt, eventuell im Interesse** der Deutschen im Auslande bei ausländischen Regierungen vorstellig zu werden. Wir würden uns dieses Recht aber einfach aus der Hand nehmen lassen, **wenn wir dem Ausland begründeten Anlaß zu dem Einwand gäben, daß wir bei uns gegen die** Ausländer auch nicht besser verführen. Weiter aber: Welche Schwierigkeiten schaffen wir uns durch unser Vorgehen gegen die Polen gegenüber unserem Bundesgenossen Oesterreich! **Wir haben allen Anlaß, besorgt zu sein, daß die Sympathien der österreichischen Bevölkerung dem Deutschen Reiche erhalten bleiben.** So freundlich und so bundestreu sich die österreichische Regierung allezeit gegen uns bewiesen — Bündnisse zwischen den Regierungen haben keine Dauer, wenn sie nicht gleichzeitig von der Sympathie der Völker getragen werden. (Beifall.) Endlich aber, glaubt jemand, daß das Ansehen des deutschen Volkes als einer Kulturnation durch dieses **Attentat auf eines der selbstverständlichsten Menschenrechte** im Auslande gewinnen wird? (Lebhaftes Bravo im Zentrum und bei den Polen.) Auf die **religiöse Bedeutung der Sprachenfrage** will ich nicht eingehen, aber das eine möchte ich doch sagen: Mit jeder weiteren Maßregel auf dem Gebiete der Sprachenfrage erwecken wir bei der polnischen Bevölkerung die Besorgnis, daß hinter einem solchen Vorgehen die Absicht liegt, ihr ihre Konfession nehmen zu wollen. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Polen.) Nun noch ein Wort über die **wirtschaftliche Bedeutung der Frage.** Im **rheinisch-westfälischen Industriebezirk** gibt es ganz bedeutende Minoritäten von Polen, und die Zuwanderung polnischer Arbeiter dauert noch immer an. Soweit diese Zuwanderung aber von den Unternehmern gefordert wird, um die Leute als Lohndrücker zu benutzen, werden diese Zugewanderten fast vollständig der Aufklärungs- und Organisationsarbeit ihrer Berufsgenossen entzogen, wenn man den Sprachenzwang einführt, und insofern bedeutet **der Sprachenzwang geradezu eine Vernichtung der Koalitionsfreiheit in jenen Bezirken.** (Beifall und Zustimmung.) Man macht ein großes Aufheben von den Ausnahmen, die man von dem Prinzip des Sprachenzwanges zugelassen hat. Vor einigen Jahren ist es vorgekommen, daß auf der Katholikenversammlung ein italienischer Kardinal in italienischer Sprache zur Versammlung gesprochen hat, und der Vorsitzende hat dann die Ansprache der Versammlung übersetzt. Müßte nun nicht, wenn § 7 Gesetz wird, eine solche Versammlung aufgelöst werden? (Zuruf links: Selbstverständlich!) Ich glaube, das Beispiel zeigt, was es mit solchen Ausnahmen auf sich hat. Auf die Unsinnigkeit und die Unzweckmäßigkeit, die in der prozentualen Bemessung gewisser Ausnahmen liegt, brauche ich wohl im einzelnen nicht einzugehen. Der Kompromiß ist einmal abgeschlossen, und die liberalen Parteien haben damit alle die Grundsätze preisgegeben, auf denen sie im vergangenen Jahrhundert gefußt haben. Man hat uns von jener Seite (nach links gewandt) gesagt, auch wir hätten früher Kompromisse geschlossen. Gewiß, **aber Kompromisse über Prinzipienfragen sind es nicht gewesen.** (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Wir werden im Interesse des Deutschen Reiches und im Interesse seiner Bevölkerung gegen den § 7 wie auch gegen alle dazu vorliegenden Abänderungsanträge stimmen, denn **wir erblicken in dem Sprachenzwang keine Stärkung des inneren Friedens, sondern eine schwere Schädigung.** (Lebhafter Beifall im Zentrum und bei den Polen, lauter Widerspruch beim Block. Erneuter lebhafter und langanhaltender Beifall im Zentrum und bei den Polen.)

Abg. **Dr. Hieber** (nat.-lib) polemisiert gegen Dr. Spahn und tritt für den § 7 ein.

Abg. **Legien** (Soz.): Der **Sprachenparagraph ist auf Anregung der liberalen rheinischen Großindustriellen in die Vorlage aufgenommen.** Das hat auch die „Germania“ angedeutet mit Bezugnahme auf **den Abgeordneten Wiedeberg,** der an der Audienz der christlichen Gewerkschaftsführer beim Fürsten Bülow teilnahme. Die Tatsache scheint um so glaubhafter, als der ganze Paragraph geradezu dazu angetan ist, den Großindustriellen **Handhaben zur Ausbeutung fremder Arbeiter zu geben.** (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Herren vom Freisinn möchte ich an den Ausspruch des Abg. Gothein erinnern: „Wir dürfen nichts Schlimmeres beschließen, um Schlimmes abzuwenden.“ Der Freisinn betont so oft seine Arbeiterfreundlichkeit. Hier hat er Gelegenheit, sie einmal durch die Tat zu beweisen, indem er den Kompromiß ablehnt. Die Freisinnigen haben ja auch selbst den § 7 früher anders beurteilt. Im bayerischen Landtage hat der Abg. Müller-Meiningen den § 7 als unannehmbar bezeichnet. (Stürmisches Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **v. Payer** (Südd. Vp.): Wir werden dem § 7 zu stimmen, weil sonst das ganze Gesetz scheitern würde, welches im großen und ganzen den heutigen modernen Anforderungen entspricht. (Stürmischer Widerspruch bei den Polen und im Zentrum, Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Das gilt auch für Süddeutschland. (Erneuter Widerspruch.) Der Opposition ist es gar nicht so ernst mit ihrem Widerstand. (Widerspruch.) Wir nehmen mit dem § 7 **einiges Unerwünschte bei vielem Guten** mit in den Kauf. Die Vorlage hat uns gebracht, was der Reichstag **verlangt hat, seit er besteht. Wir haben keine Veranlassung, unsere Organisation auseinanderfallen zu lassen. Wir wollen** der **Reichsregierung keinen Anlaß geben, uns auszuschalten mit der Begründung, daß, weil wir untereinander nicht einig und nicht zu Taten entschlossen seien, man uns beiseite schiebe zum** Vorteil anderer. (Lebhaftes Hört, hört! im Zentrum, Sehr richtig! im Block.) Ich bin überzeugt, daß Sie (zu den Sozialdemokraten) uns noch eines Tages dankbar sein werden, **daß wir wenigstens eine Reihe von Verbesserungen in die Vorlage hineingebracht** haben. (Gelächter und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir glauben trotz aller Bedenken, die zu überwinden uns sehr schwer geworden ist, dem **deutschen Volke eine Wohltat zu erweisen,** wenn wir die Vorlage annehmen. (Lebhafter Beifall beim Block, heftiges Zischen bei den Polen, im Zentrum und bei den Sozialdemokraten, erneuter demonstrativer Beifall beim Block.)

Die Abgg. Dr. **Kölbe** (freik.) und Dr. **Graef** (wirtschaftl. Vgg.) sprechen für den § 7. — Abg. **Gregoire** (fraktionslos): Er erkenne an, daß das Gesetz einen Fortschritt bedeutet.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** führt aus, er habe schon früher dargelegt, weshalb die Regierung nicht an der Regelung der Sprachenfrage vorübergehen könnte, und habe dabei den Charakter des Deutschen Reiches als Nationalstaates hervorgehoben. Das Deutsche stehe voran, das Fremde habe sich ihm anzupassen und einzufügen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Kommission habe der Landeszentralbehörde das Recht eingeräumt, Ausnahmen zu machen. Schon bei der ersten Lesung habe er erklärt, daß Dispense dort erteilt werden müßten, wo der Gebrauch der fremden Sprache nicht dazu dienen solle, deutschfeindliche Bestrebungen zu fördern. —

Sächsischer Bevollmächtigter **Vitzthum v. Eckstädt** erklärt, daß auch die sächsische Regierung die Absicht habe, zugunsten der Wenden Ausnahmen zu treffen.

Abg. **Bonderscheer** (Ztr.): Ein alter Vertreter der liberalen Parteien hat sich vorhin die größte Mühe gegeben, sich dafür zu entschuldigen, daß er den § 7 in Kauf nehmen müsse. Herr v. Payer, ich rufe Ihnen zu: Qui s'excuse s'accuse! **Die liberale Partei ist gerichtet vor der Geschichte.** (Beifall im Zentrum, Gelächter und Unruhe bei den Freisinnigen.) Und nun zu Herrn Gregoire! Was mir im tiefsten Herzen weh getan hat, ist, daß er erklärt hat, er betrachte dieses Gesetz als einen Fortschritt. Wir stehen zu diesem Gesetz anders, und zwischen uns und unseren elsaß-lothringischen Freunden besteht in diesem Punkte die rückhaltloseste Solidarität. Das eine ist sicher, daß durch den § 7 **Tausende von elsaß-lothringischen Staatsbürgern entmündigt werden.**

Zum Schluß noch ein Wort an die Adresse des Freisinns. Vom Generalanzeiger für die Interessen des Judentums ist mir ein Brief zugegangen, in dem die Befürchtung ausgesprochen wird, der Freisinn könnte eines schönen Tages, wie er hier gewisse Rechte nach Prozentsätzen austeilt, auch einem Kompromiß zustimmen, wonach im Einklange mit den Forderungen der Antisemiten dem Judentum nur ein gewisser Prozentsatz von Stellen im Richter- und Anwaltsstande eingeräumt werde. Der Briefschreiber bittet mich, zu veranlassen, daß der Liberalismus sich zu dieser Frage erklärt. Ich übermittele diesen Brief hiermit dem Freisinn und ersuche ihn öffentlich und feierlich sich hierzu zu erklären. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. **Dr. Müller-Meiningen** (frs. Vpt.) — mit lautem Aha und Heiterkeit begrüßt. — Der Abg. Legien hat Ihnen eine sehr schöne Rede vorgelesen, die ich der bayerischen Abgeordnetenkammer gehalten haben soll. Die Rede hat den einen Fehler, daß sie niemals von mir gehalten worden ist. (Rufe: Hört, hört! Lärm.) Was Herr Legien verlesen hat, ist ein Artikel aus der „Frankfurter Zeitung“, unterschrieben: L. Quidde. Ich will die Gutgläubigkeit des Herrn Legien nicht in Zweifel ziehen, aber ein solches Vorgehen ist denn doch eine **unerhörte und bodenlose Leichtfertigkeit.** (Lärm und Unruhe.)

Präsident Graf Stolberg. Ich nehme an, daß Sie mit diesen Worten nicht einen der Abgeordneten gemeint haben. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. **Dr. Müller-Meiningen** fortfahrend: Der fanatische Groll und Haß (Laute Rufe: Hört, hört! im Zentrum und große Heiterkeit), aus dem solche Angriffe hervorgehen, ist nicht durch den Inhalt des Gesetzes erzeugt worden, sondern durch eine geradezu wahnwitzige Preßhetze des Zentrums und der Sozialdemokratie. So spricht der „Vorwärts“ von einer politischen Schurkerei, einer gallopierenden Korruption, von einem servilen Ehrgeiz des Freisinns (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Heiterkeit), aber jetzt kommt das Schönste! (Hört, hört! und andauernde Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses; Präsident Graf **Stolberg** schwingt andauernd die Glocke, da seine Bemühungen sich als vergeblich erweisen, so ruft er mit Donnerstimme in den Tumult hinein: „Ich bitte um Ruhe!“) Das Haus beantwortet diesen Appell mit einem erneuten stürmischen Heiterkeitsausbruch, da die Situation die Annahme nahelegt, daß der Präsident so energisch Ruhe schaffen wollte, um selbst die vom Redner in Aussicht gestellte Kraftstelle deutlich hören zu können. Minutenlang dauern die Heiterkeitsausbrüche im Saale an, und der Präsident sieht sich schließlich veranlaßt, zum zweiten Male mit dem ganzen Aufgebot seiner Stimme um Ruhe zu bitten.) — Also der „Vorwärts“ schreibt: Der Abg. Müller-Meiningen sei so verächtlich, daß er gar nicht wert sei, einen Gegenstand des Hasses zu bilden. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig! Erneuter Lärm.) Wenn man sich solche **Orgien des Fanatismus** (Zurufe im Zentrum: Hört, hört!) vor Augen hält, dann wundert man sich über nichts mehr. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Na! Große Heiterkeit.) Dann muß man einfach abgebrüht werden. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig! Sind Sie ja schon! Große Heiterkeit.) Vorhin ertönte ein Zuruf, **durch** den angedeutet wurde, daß der **Freisinn sich an die Börse verkauft habe.** (Lebhafte Zurufe im Zentrum: Hört, hört!) **Das ist die größte Infamie, die überhaupt einer politischen Partei zugefügt werden kann.** (Zuruf rechts: Qui s'excuse, s'accuse! Stürmische Unterbrechung und Pfuirufe bei den Freisinnigen, tosender Lärm, unter dem die nächsten Worte des Redners vollkommen verloren gehen.) In einem sozialdemokratischen Flugblatt wird erzählt, der Reichskanzler habe angedeutet, er werde eines schönen Tages der Welt erzählen, wie der Freisinn Regierungspartei geworden sei. (Lachen und Zurufe: Hört, hört! im Zentrum.) Ich will Ihnen sagen, er ist's geworden, weil am 13. Dezember 1906 die **antinationalen Mehrheitsparteien ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande** nicht taten. (Stürmischer Widerspruch, Gelächter und Zurufe im Zentrum, lauter demonstrativer Beifall beim Block, erneuter Widerspruch beim Zentrum, minutenlanger tosender Lärm im ganzen Hause.) Herr Schädler hat gestern dem bayerischen Bundesbevollmächtigten arg zugesetzt. Wie konnte der aber auch hierher kommen und diese schmähliche **„Blockwurst“** loben! (Zuruf im Zentrum: Sehr richtig! Singer ruft: **„Ist auch wunderbar!“** Große Heiterkeit im ganzen Hause.) Je besser das Gesetz in der Kommission wurde, um so größer wurde die Wut unserer Gegner. (Lautes Gelächter im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Aber wir wissen ja, woher die Wut kam. Es war der Zorn der betrübten Lohgerber, die ihre Felle davon schwimmen sahen. (Stürmisches Gelächter im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Dieser fanatische Haß ist für uns doppelter Anlaß, bei diesem Gesetz unsere Pflicht zu tun. (Lautes Gelächter im Zentrum.) Wir wollen nach dem Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes . . . (Stürmischer Widerspruch im Zentrum und bei den Sozialdemokraten, lauter und demonstrativer Beifall im Block, anhaltender tosender Lärm im ganzen Hause, der den Redner veranlaßt, seinen mit den Worten **„Wir wollen“** beginnenden Satz dreimal hintereinander zu wiederholen, ohne daß er ihn bei dem sofort mit neuer Stärke einsetzenden Lärm zu Ende führen kann.) Wir wollen den Sieg des schwarz-roten Bündnisses vereiteln, der ein nationales Unglück in Deutschland sein würde. (Demonstrativer Beifall bei den Blockparteien, Widerspruch und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Delsor** (bei keiner Fraktion): Die Ablehnung des § 7 ist für uns Elsässer nicht nur eine Sache des Rechts, sondern auch der Ehre. (Beifall im Zentrum.) Es gibt Grundsätze, die ein Ehrenmann nicht verletzen darf. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. **Hansen** (Däne) begründet den von ihm eingebrachten Antrag. Sollte er abgelehnt werden, dann werden wir gegen den § 7 und das ganze Gesetz stimmen.

Abg. **Brejski** (Pole): Wenn Sie (nach rechts) es als möglich hinstellen, daß die Polen sich im Falle eines Krieges Deutschlands mit einer fremden Macht auf die Seite dieser stellen würden, so geben Sie damit zu, daß den Polen Unrecht geschieht. Seit der Verschmelzung mit Preußen sind die Polen stets loyale Untertanen gewesen. Redner geht auf die polnische Geschichte ein und erbringt den Nachweis, daß die Polen, soweit und solange sie unter preußischer Herrschaft stehen, stets geknechtet und geknebelt worden sind.

Abg. **Hue** (Soz.) bekämpft den § 7 aus wirtschaftlichen Gründen. Der § 7 schädigt die gewerkschaftlichen Organisationen, so daß man darin sehr wohl bestellte Arbeit des Zentralverbandes deutscher Industrieller erblicken kann. Der § 7 trifft in erster Linie **Rheinland und Westfalen.** Ich bitte den Staatssekretär, uns klar und deutlich zu sagen, ob es wahr ist, daß der Reichskanzler beim Empfang der Deputation des christlich-nationalen Arbeiterkongresses erklärt hat, der § 7 sei gar nicht auf Veranlassung der Regierung in das Gesetz hineingekommen, sondern auf Veranlassung des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Bis zum Beweis des Gegenteils behaupte ich positiv, daß es so ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erwidert, daß der Reichskanzler die ihm in den Mund gelegte Äußerung nicht getan habe. Die diesbezügliche Nachricht ist seinerzeit in der „Nordd. Allg. Zeitung“ dementiert worden. Auch der Abg. Behrens, der an der Deputation teilgenommen hat, hat die Nachricht in einer Zuschrift an eine Zeitung dementiert. (Hört, hört!) Der § 7 ist keine bestellte Arbeit des Zentralverbandes Deutscher Industrieller. Die gegenteilige Behauptung ist eine Fabel. (Hört, hört! und Beifall beim Block.)

Abg. **Korfanty** (Pole) behauptet gleichwohl, der § 7 sei auf Wunsch der nationalliberalen Partei und der Großindustriellen in das Gesetz hineingekommen. (Hört, hört! bei den Polen.) Redner geht auf die historische Entwicklung der Polen ein. — **Vizepräsident Paasche:** Herr Abgeordneter, das gehört nicht hierher. — Abg. **Korfanty** (Pole): Dann konstatiere ich, daß man hier nicht einmal ein historisches Urteil fällen kann. (Ohorufe rechts.) — **Vizepräsident Paasche:** Herr Abgeordneter, Sie haben keine Kritik an der Entscheidung des Präsidenten zu üben. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! beim Block.) — Abg. **Korfanty:** Die preußische Polenpolitik ist ganz nach russischem Muster, und wenn Sie (zum Freisinn) sie mitmachen, dann sind Sie nicht besser als die preußischen Junker, die Sie bei jeder Gelegenheit bekämpfen.

Es wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen Zentrum, Sozialdemokraten und Polen angenommen.

In der darauf folgenden Abstimmung wird zunächst über den Eventualantrag Brandys abgestimmt. Der Antrag wird abgelehnt. Desgleichen der Antrag Hanssen. Die Abstimmung über den § 7 ist eine namentliche. Der § 7 wird mit 200 gegen 179 Stimmen und bei drei Stimmenenthaltung angenommen. Damit sind die Anträge Brandys und Albrecht auf Streichung des § 7 erledigt. (Lebhafter Beifall beim Block, heftiges Zischen und Pfuirufe bei den Polen.) Gegen den § 7 stimmen außer Zentrum, Polen und Sozialdemokraten die freisinnigen Abgeordneten Haußmann, Neumann-Hofer, Potthoff und Dohrn.

Montag 1 Uhr: Fortsetzung. Schluß 8¼ Uhr.

---

ders Hella wollte sich nicht beruhigen lassen. Sie hatte gehofft, so gleich zu Mama geführt zu werden. Ihre Geduld wurde noch auf eine harte Probe gestellt. —

Graf Arnold hatte mit dem Pächter verabredet, daß er die Gräfin unter irgend einem glaubwürdigen Vorwand abholen und solange vom Herrenhause fernhalten sollte, bis dort alles zur Christfeier vorbereitet sei.

Gräfin Nina pflegte nachmittags immer einen Spaziergang oder eine weitere Fahrt durch den verschneiten Forst zu unternehmen, wobei fast immer nur der Pächter als Begleiter oder Führer diente. Darauf bauten sie ihren Plan.

Der Alte war auch richtig am Nachmittag vor dem heiligen Abend wieder zur Gräfin befohlen worden, um sie nach der Oberförsterei zu fahren. Er freute sich riesig, daß die Überraschung nun so gut gelingen würde. Er machte mit seiner Herrin einen weiten Umweg, um ihr die Futterstellen für das Wild und manchen interessanten Platz, den sie noch nicht kannte, zu zeigen.

Es dämmerte bereits, als sie wieder beim Pachthofe anlangten. Die Pächterin stand unter der Tür und lud die „gnädige Gräfin“ dringend ein, das heute ausnehmend gut geratene Weihnachtsgebäck zu versuchen. Nina zeigte sich sehr schweigsam und niedergeschlagen. Sie sah blaß und abgespannt aus. Ihre Augen schweiften mit sehnsüchtigem Ausdruck über die schneebedeckte Landschaft hin.

Die Pächterin trug geschäftig ein winziges Tannenbäumchen in die Stube, zündete die Lichter an und erzählte dann ihrem schweigsamen Gast allerlei Geschichten und brachte eifrig herbei, was sie nur in Küche und Keller aufzutreiben vermochte.

Nina berührte die Speisen nicht. Sie saß ganz still und sah dem geschäftigen Treiben der Pächtersfrau zu. In ihren Augen lag ein eigentümlich schwermütiger Ausdruck. Es hatte wieder zu schneien begonnen, als der Pächter die Gräfin nach dem Herrenhause begleitete.

Still wanderten sie durch den verschneiten Wald; nur einigemale seufzte Nina schwer und tief.

„Ich habe heute große Sehnsucht,“ sagte sie ganz unvermittelt, „wahrscheinlich werde ich bald abreisen.“

Der Pächter schmunzelte.

Die gnädige Gräfin haben sich auch eine schlechte Jahreszeit ausgewählt für einen Aufenthalt in unserer rauhen Gegend. Wir stecken tief im Schnee und das ewige Einerlei wird freilich auf die Dauer langweilig.“

„Ich habe mich bisher immer ganz gut unterhalten,“ versicherte Nina, „aber,“ — sie seufzte wieder, heute — ich weiß nicht, — ich glaube, der Weihnachtsabend steckt mir in den Gliedern.“

Sie sah ihren Begleiter nicht an, sonst hätte sie wohl das pfiffige Lächeln auf seinem breiten, ehrlichen Gesicht bemerkt. Die Pächtersleute kannten den Grund nicht, der die Gräfin veranlaßte, mitten im Winter sich einsam und allein nach Reutlingen zu begeben, aber soviel dachten sie sich doch, daß zwischen den gräflichen Herrschaften etwas passiert sein müsse. Als dann ganz unvermutet der Graf eintraf mit den Kindern, da ahnten sie, daß sein Besuch die Versöhnung bedeute.

„Sie können jetzt umkehren,“ sagte Nina eben, als sie aus dem dunklen Walde auf die freie Lichtung hinaustraten, wo sich das altertümliche Herrenhaus auf einer kleinen Anhöhe erhob. „Am heiligen Abend möchte jeder gern daheim sein, — nicht wahr? — Aber, — was ist denn das?“ rief sie plötzlich, überrascht stehen bleibend und auf die festlich erleuchtete Fensterreihe des Schlosses zeigend, „ja, sagen Sie mir, — was hat das zu bedeuten? — Wer hat denn im Schlosse alle die Lichter angezündet?“

Der Pächter schüttelte wie erstaunt den Kopf. Aber sie wartete seine Antwort gar nicht ab. Sie flog schon die breiten Seitenstufen hinauf, öffnete klopfenden Herzens die schwere, eichene Pforte, eilte die Treppe empor und riß im nächsten Augenblick die weißen Flügeltüren auf, die zum großen Saal führten. Dann stieß sie einen leichten Freudenschrei aus, und dann lag sie an der Brust des Gatten, der, unter der mächtigen, lichtergeschmückten Weihnachtstanne stehend, sehnsüchtig die Arme nach der geliebten Frau ausstreckte. Nina weinte vor Freude, als auch die beiden Kinder sich innig an sie schmiegten. Als Hella in ihrer ungestümen Art rief:

„Mama, liebe, süße Mama, bleibst Du nun wieder bei uns?“, da nickte sie unter Tränen lächelnd, und hob ihren dicken Jungen auf den Arm, um ihn zu küssen.

„Bist Du nicht mehr böse, Herzlieb?“ fragte der Graf innig und drückte ihre Hand.

Sie schüttelte den Kopf.

„Nein, Arnold, denn ich habe mir klar gemacht, daß Du wirklich nur aus Liebe zu mir handeltst, und das muß man doch verzeihen. Aber ich schämte mich wegen meiner raschen, unüberlegten Handlungsweise vor Dir und den andern, sonst wäre ich längst zurückgekehrt, denn ich — ach, ich hatte solche Sehnsucht nach Dir und den Kindern, und vollends heute, am heiligen Christabend, fühlte ich mich so elend und verlassen, als ich sah, wie selbst die Pächterin ein Tannenbäumchen schmückte. Kaum konnte ich die Tränen zurückhalten, und nun — diese Freude!“

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Berlin, 3. April. Die Kaiserin als Photographin. Die Kaiserin, die als eifrige Liebhaberphotographin bekannt ist und auch auf der jetzigen Südlandfahrt die Kamera handhabt, hat das Protektorat über die Photographische Ausstellung in Posen übernommen.

Breslau, 3. April. Bei der vorgestrigen Feier des 50jährigen Bestehens der großen Brauerei E. Haase hat der Besitzer, Kommerzienrat Georg Haase, zu wohltätigen Zwecken der Provinz Schlesien und seiner Vaterstadt Breslau je 50 000 ℳ, weitere 50 000 ℳ der Unterstützungskasse seiner Angestellten und 10 000 ℳ der Berliner Brauereiversuchsanstalt überwiesen.